

# Danziger Volksstimme

Organ der Sozialistischen Partei  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon: 720.

Verlagspreis: Die Danziger Volksstimme 30 Pfg. sonntags 15 Pfg. Abbestellung u. Wohnungswechselung nach Belieben. Die Danziger Volksstimme 30 Pfg. Abbestellung u. Wohnungswechselung nach Belieben. Die Danziger Volksstimme 30 Pfg. Abbestellung u. Wohnungswechselung nach Belieben.

Nr. 1

Freitag, den 2. Januar 1920

11. Jahrgang

## Unser Ziel und unser Weg!

### Zum Geleit!

Danzigs Proletariat steht vor einer Schicksalsstunde. In wenigen Tagen werden die Friedensverträge in Paris ausgetauscht, und damit tritt der neue Staat Danzig ins Leben. Als in den Novembertagen 1919 das deutsche Volk die Fesseln des kaiserlichen Despotismus zerbrach und die Volksrepublik errichtete, hat niemand von uns gedacht, daß Danzig in kurzer Zeit vom deutschen Reich getrennt sein würde. Wir haben aus den verschiedensten Erscheinungen schon gesehen, daß der werdende Freistaat ein Treffpunkt und Paradies für die Kapitalisten aus aller Herren Länder zu werden beginnt. Aus Deutschland, Polen, Amerika, England, Frankreich und Skandinavien strömen sie herbei. Hunderte von neuen Handels- und Industrieunternehmungen sind in den letzten Monaten hier gegründet worden. Sie alle sollen Profit abwerfen. Profit durch die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten in den Unternehmungen. Die kapitalistische Hochflut bringt große Gefahren für das Proletariat mit. Waren und sind auch noch heute in Deutschland die kapitalistischen Widerstände gegen den Befreiungskampf des Proletariats sehr groß, so haben wir es in Zukunft hier noch mit Unternehmern zu tun, in deren Heimatland der Kapitalismus unbeschränkt herrscht.

Danzigs Proletariat war sich der kommenden Gefahren und schweren Kämpfe wohl bewußt. Aus dieser Erkenntnis heraus kam die Einigungsbewegung zwischen beiden sozialdemokratischen Parteien schnell in Fluß und führte zum Erfolg. Mag in uns allen sich auch der Schmerz regen über die Abtrennung unserer Heimat von der deutschen Republik; eines aber ist uns ein Trost in diesem Leid: Wir werden in Zukunft von dem selbstmörderischen Bruderkampf, der noch in Deutschland tobt, verschont bleiben.

Das Kind der Vereinigung beider Parteien ist die neue „Danziger Volksstimme“. Wir sind in Danzig spät zu einer eigenen Presse gekommen. Erst vor zehn Jahren konnte die Danziger Sozialdemokratie ein eigenes Organ herausgeben. Damals erschien die „Volksmacht“ als Wochenblatt. Unter unsäglicher Mühe und Arbeit konnten dann die Genossen ihr Organ weiter ausbauen, daß dieselbe 1914 als Tageszeitung erschien. Dann aber kam der Krieg und machte einer hoffnungsvollen Entwicklung auch bei uns ein jähes Ende. Der Krieg hatte auch die Spaltung der Sozialdemokratie in Danzig gebracht. Die Genossen von der U. S. P. hatten sich auch hier ein eigenes Organ geschaffen, „Das freie Volk“. Beide genannten Zeitungen sind jetzt eingegangen, und an ihrer Stelle erscheint von heute ab die „Danziger Volksstimme“.

Unser Blatt soll dem kämpfenden Proletariat ein Weg- und Zielweiser in seinem Befreiungskampfe sein. Dem Proletariat in seinem ganzen Umfange. Mag es der Arbeiter hinter dem Schraubstock sein, mag er auf dem Lande fronen für den Gutsbesitzer, mag er auf dem Bureauchemel sitzen in Kontoren und Bureau, mag es der kleine Gewerbetreibende sein oder der Beamte im Dienste des neuen Staates. Sie alle kämpfen hart mit den Schwierigkeiten des Lebens, sie alle sind Ausgebeutete des Kapitals, sie alle sehnen sich nach der befreienden und lebenspendenden Sonne des Sozialismus. Ihren Interessen wollen wir dienen. Ihre Rechte wollen wir in der Öffentlichkeit vertreten. Sie haben es unzählige Male am eigenen Leibe erfahren, wie die ganze bürgerliche Presse nur eine Dienerin des Kapitals ist. Wägen sie deshalb alle den Weg zu uns finden. Wie wir ein Kampf sein werden für ihre Rechte, ein Behälter ihrer Leid und Weiden, so mögen sie alle Kämpfer für unser Organ werden, damit dasselbe bald in allen Häusern, wo Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende wohnen, zu finden ist.

Mit ganzer Kraft werden wir stets eintreten für die Einheitsfront der sozialistischen Bewegung im Freistaat Danzig. Manche Schwierigkeiten waren zu überwinden, bei den Verhandlungen in den letzten Monaten. Sie sind aber jetzt nicht endgültig weggeräumt. Aber stets werden wir eintreten, daß alle Beratungen und Verhandlungen, die für unsere Weilen notwendig machen, im kräftigsten Geiste

ihre Erledigung finden. Die neue geeinte Partei bedarf aller Kräfte, nicht nur um dem mächtigen Einfluß des Weltkapitals zu widerstehen, sondern auch um in diesem Kampfe neuen Boden für den Sozialismus zu gewinnen. Wir wollen keine Propheten sein, wir wissen nicht, wie lange noch die Herrschaft des Kapitalismus dauern wird. Aber wir wollen alle Kräfte sammeln und anspannen, um ihn hier in unserer Freistadt mehr und mehr den Boden zu entreißen. Nicht daß es möglich wäre, inmitten des kapitalistischen Weltmeeres eine sozialistische Paradiesinsel zu schaffen. Aber auch hier bietet sich der sozialistischen Betätigung ein weites Feld. Hier sind eine Reihe von Unternehmungen bereits schon reif, um in den Besitz des Volkes übergeführt zu werden. Wir erinnern nur an die Reichs-Eisenbahn, an die Straßen- und Kleinbahn, Werften, Energieerzeugung u. a. m. Für diese Arbeit brauchen wir die Kräfte der Genossen, die in langer Organisationsarbeit Erfahrungen gesammelt haben. Sie werden die Aufgabe haben, in täglicher, jäher Kleinarbeit für das Proletariat herauszuholen, was unter den gegebenen Umständen herauszuholen ist. Aber in dieser praktischen Tagesarbeit sehen wir nicht das Ein und Alles der Bewegung. Wir müssen mit allen Kräften rechnen. Und da wollen wir auch die Kräfte der Bewegung erhalten, in denen sich die Begeisterung für den Sozialismus in himmelwärtsstürmenden Bahnen kundgibt. Sie sollen die Tagespolitik ergänzen, sie sollen das lebendige Element der sozialistischen Bewegung sein.

In diesem Sinne wollen wir das Organ der sozialistischen Bewegung in Danzig sein. Aber die sozialistische Presse darf nicht einzig und allein eine sozialistische und politische Zeitschrift sein. Wir wollen unsere Presse auch auf dem Gebiet des Nachrichtendienstes, der lokalen Berichterstattung aus Danzig und den anderen Ortsgemeinden mehr und mehr ausbauen. Besondere Bedeutung müssen wir auch einem gut ausgestatteten Feuilleton zu; wir werden uns bemühen, unsere Lesern, insbesondere den Frauen, nur das Beste aus den Schätzen der Weltliteratur zu bieten.

Die Presse kämpft augenblicklich mit großen Schwierigkeiten. Die Preise für alle Rohmaterialien sind unermesslich gestiegen. Diese Lasten trifft die sozialdemokratische Presse um so härter, als sie nicht mit den großen Kapitalisten der bürgerlichen Presse arbeiten kann. Da müssen unsere Genossen versuchen, durch eine effiziente Arbeit für ihre Presse dieses weitzumachen. Wägen sie alle sich bemühen, daß sie bei der Verarbeitung für die Volksstimme Mühe für den Sozialismus sind. Wir aber wollen diese schätzbare Arbeit unserer Genossen vergelten, indem wir in unserer Volksstimme die weitestgehende Sozialdemokratie aufstellen, die allen in Befreiungskampfe notwendig ist. In dieser Erkenntnis und mit diesem Willen treten wir heute vor unsere Leser. Mag uns allen das herrliche Wortwort zur Richtschnur dienen, das schon so manchen unserer Vorkämpfer zur Arbeit begeisterte:

Feige Schanzen  
hängliches Schwanken,  
weißes Lügen,  
ängliches Klagen,  
wendet kein Mensch  
macht dich nicht frei.

Allen Genossen  
zum Kampf sich erheben  
nimmer sich beugen,  
kräftig sich zeigen,  
rufet die Arme  
der Arbeiter herbei.

### Die Eisenbahnerbewegung

Frankfurt a. M., 1. Jan. (B. F. Z.) Die Eisenbahnerbewegung des Deutschen Reiches hat am 1. Jan. in einer Paul-Löbe-Saal-Versammlung den Berliner Delegiertenrat der D. S. P. ihr Ziel anerkennen, bei der Tarifverhandlungen mit der Regierung gegen die Eisenbahner nicht in der vorläufigen Regierung der Tariffrage

1. Januar 1920 einverstanden und gab in einer Entschließung bekannt, daß sie die zur Befreiung ihres Vaterlandes nötigen Kräfte für die Bekämpfung der in der Eisenbahnerbewegung tätigen Bestrebungen arbeiten werden. Die Eisenbahner seien, falls die Regierung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt beharre, entschlossen, auch von dem äußersten Mittel des Streiks Gebrauch zu machen.

### Die Unterzeichnung des Friedensprotokolls

Paris, 1. Jan. (Reuter.) Der Rat der Völker hat am 1. Jan. die Unterzeichnung des Friedensprotokolls für den 8. Januar, das Tage der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, beschlossen. Die Unterzeichnung des Protokolls, die wir bereits gemeldet, ein Zeichen, nach anderen Meinungen am 1. Jan. in der Versammlung der Völker in Paris, wird auch ein Zeichen sein. Man erwartet die Unterzeichnung des Protokolls.

Der Rat der Völker hat am 1. Jan. die Unterzeichnung des Friedensprotokolls für den 8. Januar, das Tage der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, beschlossen. Die Unterzeichnung des Protokolls, die wir bereits gemeldet, ein Zeichen, nach anderen Meinungen am 1. Jan. in der Versammlung der Völker in Paris, wird auch ein Zeichen sein. Man erwartet die Unterzeichnung des Protokolls.

Der Rat der Völker hat am 1. Jan. die Unterzeichnung des Friedensprotokolls für den 8. Januar, das Tage der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, beschlossen. Die Unterzeichnung des Protokolls, die wir bereits gemeldet, ein Zeichen, nach anderen Meinungen am 1. Jan. in der Versammlung der Völker in Paris, wird auch ein Zeichen sein. Man erwartet die Unterzeichnung des Protokolls.

### Seitens über das Ergebnis der Washingtoner Konferenz

Washington, 1. Jan. (Reuter.) Die internationale Konferenz für den Austausch der Ratifikationen des Friedensprotokolls hat am 1. Jan. die Unterzeichnung des Protokolls für den 8. Januar, das Tage der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, beschlossen. Die Unterzeichnung des Protokolls, die wir bereits gemeldet, ein Zeichen, nach anderen Meinungen am 1. Jan. in der Versammlung der Völker in Paris, wird auch ein Zeichen sein. Man erwartet die Unterzeichnung des Protokolls.

### Japan in Ostasien

Washington, 1. Jan. (Reuter.) Die internationale Konferenz für den Austausch der Ratifikationen des Friedensprotokolls hat am 1. Jan. die Unterzeichnung des Protokolls für den 8. Januar, das Tage der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, beschlossen. Die Unterzeichnung des Protokolls, die wir bereits gemeldet, ein Zeichen, nach anderen Meinungen am 1. Jan. in der Versammlung der Völker in Paris, wird auch ein Zeichen sein. Man erwartet die Unterzeichnung des Protokolls.

Washington, 1. Jan. (Reuter.) Die internationale Konferenz für den Austausch der Ratifikationen des Friedensprotokolls hat am 1. Jan. die Unterzeichnung des Protokolls für den 8. Januar, das Tage der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, beschlossen. Die Unterzeichnung des Protokolls, die wir bereits gemeldet, ein Zeichen, nach anderen Meinungen am 1. Jan. in der Versammlung der Völker in Paris, wird auch ein Zeichen sein. Man erwartet die Unterzeichnung des Protokolls.



### Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird der Entwurf zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes veröffentlicht. Die Novelle bildet den Vorläufer der zu erwartenden neuen Strafprozessordnung.

Eine wesentliche Änderung erfährt die Zuständigkeit der Gerichte. Die Strafkammer scheidet als Gericht erster Instanz vollständig aus. Das Reichsgericht bleibt im bisherigen Umfang Gericht erster und letzter Instanz. Im übrigen sind Gerichte erster Instanz nur Amtsgerichte und Schwurgerichte. Die Amtsgerichte sind in Zukunft für die Fälle zuständig, für die bisher die Schöffengerichte und die Strafkammer zuständig waren. Für wichtigere Pressesachen wird die Zuständigkeit der Schwurgerichte auf das ganze Reich ausgedehnt. Dagegen werden Fälle der Urkundenfälschung, falschen Beurkundung und Unterschlagungen im Amt, für die bisher die Schwurgerichte zuständig waren, den Amtsgerichten übertragen. Berufung ist nur gegen die Urteile der Amtsgerichte zulässig. Ueber die Berufung entscheidet die Strafkammer. Die Urteile der Strafkammer und der Schwurgerichte unterliegen nur der „Rechtsrüge“, wie die Revision in Zukunft genannt wird. Die Oberlandesgerichte sind in Strafsachen zuständig für Entscheidungen über Beschwerden gegen Entscheidungen der Strafkammern und über Rechtsrügen gegen Urteile der Strafkammern, soweit nicht die Zuständigkeit des Reichsgerichtes begründet ist.

Ueber die Zusammensetzung der Gerichte wird folgendes bestimmt: Die Amtsgerichte sind in der Hauptverhandlung mit einem Amtsrichter und zwei Schöffen zu besetzen. Bei den Strafkammern wirken bei der Hauptverhandlung zwei Juristen — einschließlich des Vorsitzenden — und drei Schöffen mit. Die Schwurgerichte bestehen wie bisher aus der Richterbank, besetzt mit drei Berufsrichtern, und der Geschworenenbank, von zwölf Geschworenen besetzt.

Bemerkenswert ist die Hinzuziehung von Frauen als Schöffen und Geschworene. Allerdings soll deren Berufung nur in beschränktem Umfang erfolgen. Nur wenn Frauen oder Personen unter 18 Jahren angeklagt sind, sollen Frauen zugelassen werden. In diesen Fällen sollen als Schöffen oder Geschworene mitwirken: Bei den Amtsgerichten ein Mann und eine Frau, bei den Strafkammern ein Mann und zwei Frauen und bei den Schwurgerichten sieben Männer und fünf Frauen. In allen anderen Fällen sollen nur Männer als Schöffen und Geschworene mitwirken. Die Ausschaffung der Lehrer und der Dienstboten vom Volksschlichteramt fällt in Zukunft fort. Für die Auswahl der Schöffen wird ein alljährlich bei den Amtsgerichten zusammen tretender Ausschuss gewählt, dem auch Frauen angehören können. Die Wahlen sind nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht und möglichst nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen.

Von den sonstigen neuen Bestimmungen seien noch die folgenden hervorgehoben: Die Ungleichbehandlungen gegen Rechtsanwältinnen fallen weg. Bei der Eidesleistung kann die religiöse Formel durch die einfache Erklärung: „Ich schwöre es“ ersetzt werden.

### Handelsbilanzen der Sieger.

Frankreich ist volutastrant wie wir. Der Frank ist um die Hälfte gesunken. Der Aukerhandel sinkt in dem Maße, wie der Englands und Amerikas steigt. Nach amtlichen Veröffentlichungen hat Frankreich vom 1. Januar bis 31. Oktober 1919 Waren im Werte von 23 109 984 000 Fr. eingeführt und für 5 528 494 000 Fr. ausgeführt. Das bedeutet einen Ueberschuß der Käufe über die Verkäufe von 17 Milliarden 582 Millionen Fr. Gegenüber der gleichen Zeit von 1918 ist die Einfuhr um 5 186 121 000 Fr. gestiegen, die Ausfuhr um 1 471 306 000 Frant.

Der amerikanische Außenhandel zeigt folgendes Bild: Im November hat er 148 Millionen Pfund Sterling gegen 127 Millionen im Oktober und 105 Millionen im November 1918 betragen. Die Einfuhr im November betrug 85 Millionen Pfund Sterling gegen 80 Millionen im Oktober 1919 und 50 Millionen im November 1918. In den elf Monaten 1919 wurde für 742 Millionen Pfund Sterling mehr Ware ausgeführt als eingeführt. Im vorigen Jahre betrug der Unterschied nur 200 Millionen.

Das goldreiche und volutastrante Amerika könnte die Rettung Europas sein. Amerika scheint sich aber zu dieser Rolle nicht hergeben zu wollen. Holländische Finanzleute, die den Boden in Amerika nach dieser Hinsicht sondierten, haben wenig Hoffnung auf amerikanische Hilfe für Europa. „New York World“ kritisiert die Tatsache und bemerkt: Es sei nur recht und billig, die hergeleitete Gleichgültigkeit zu verurteilen, mit der das amerikanische Volk der furchtbaren Tragödie zusehe, die sich in Europa abspiele. Einmal sei Amerika die Hoffnung der Welt gewesen, jetzt sei es die Verzweiflung der Welt.

### Das neue Weltvertrügen.

Im Verlauf der Marinerede in der holländischen Kammer führte Herr van der Meer aus: Ursprünglich hätte man sich die Entwicklung des Völkerbundesgedankens in der Richtung der internationalen Abrüstung gedacht. Mehr und mehr aber scheint man jetzt in dem Völkerbunde eine Institution zu sehen, welche die Völker zu dauerndem Weltfrieden zwingen sollte. Die Allierten, die Verkünder des ewigen Friedens“ geben sich Mühe, alles Welt zu zeigen, daß das neue Weltvertrügen mit Hochdruck weitergeht.

Die „Information“ meldet aus Paris: Der französische Generalsekretär erklärte, infolge des Personalmangels mit einer geringeren als dreijährigen Dienstzeit nicht mehr auskommen zu können. Man brauche 20 000 Mann am Rhein, 100 000 Mann für die Rhone, 30 000 Mann für die verbleibenden Depots. Der Jahrgang 1920 habe aber nur 20 000 Mann ergeben. Clemenceau erklärte, daß zwischen Frankreich und England ein Liebereinkommen dahingehend bestehe, daß die Armeen beider Länder nach einem gemeinsamen Plan auf Grund einer Verständigung der französischen Heeresleitung ausgearbeitet werden sollen. Das französische Heer werde künftig die liberale Gewähr vor neuen kriegerischen Verwicklungen sein. Von Weihnachtsabend haben in vielen Städten Frankreichs zahlreiche sozialistische Versammlungen stattgefunden, bei denen betont wurde, daß es an der Zeit sei, endlich durch gemeinsame Aktionen in allen Ländern an Genuß Deutschlands gegen die imperialistische Politik Clemenceaus Stellung zu nehmen. Vertreter der neutralen Staaten, sowie England und Amerika haben sich diesen Versammlungen angeschlossen, besonders die Vertreter im Namen der holländischen Sozialisten, die eine gemeinsame Aktion mit den Deutschen gegen Clemenceau angekündigt werden sollte. Die Forderung, daß der Völkerbund

von Berlin nach Paris verlagert sei, sei viel zu schwach. Der Pariser Militarismus Clemenceaus sei rein imperialistisch, der durch Chauvinismus unterstüzt wurde.

### Deutsch-französische Vereinbarungen für den Wiederaufbau.

In Verfolg der Verhandlungen, die in den Bureaus des Bauarbeiterverbandes kürzlich stattgefunden haben, haben die Sekretäre des Deutschen Bauarbeiterverbandes Pöplow und Silbermann und der Sekretär der französischen Organisation, Chouvin, einen Vertrag für diese beiden Organisationen gezeichnet, der die Arbeitsbedingungen der deutschen und deutsch-österreichischen Bauarbeiter im Wiederaufbaubereich festlegt. Die Hauptpunkte sind nach Mitteilungen der französischen Presse folgende:

Anerkennung des Rechtes für die deutschen Bauarbeiter zum Zweck der Arbeit nach Frankreich zu kommen, vorausgesetzt, daß sie hierfür bestimmt sind und den örtlichen Arbeitern keine Konkurrenz machen. Bezugslos der deutschen Arbeiter nach dem örtlichen Normtarif. Freie Ausübung des Rechtes der Auswanderung und Kontrolle über hygienische Fragen, Ernährung, Schlafräume und Schutz vor Unfällen an den Arbeitsstellen und in den Quartieren.

Geruch der gewerkschaftlichen Freiheit. Freiheit jederzeit in die Heimat zurückzukehren. Freier, unzensurierter Briefverkehr mit der Heimat. Pflichtversicherung gegen Krankheit, Unfälle und Invalidität usw. Unverzügliche Anwendung des Achtstundentages.

### Heimkriegers Klage

Erich Reventlow, der während des ganzen langen Krieges seine Füße unter dem Schreibtisch im behaglichen Zimmer streckte, erhebt immer wieder von neuem sein Klagegeschrei über die Erdoberfläche der Front. Selbst zu Weihnachten weiß er nichts anderes als dieses Lied zu singen. Angenommen hat es ihm ein Schreiben aus dem Geheimbündnis, das die „Freiheit“ und das „Berliner Tageblatt“ abgedruckt haben. Ein Generalleutnant schildert hier sehr eindringlich, wie die „abgetriebenen, verbrauchten Mannschaften nicht mehr standhalten“ konnten, wie sie der Uebermacht des Feindes weichen, den heimatischen Boden erreichten. Dieses Bekenntnis eines Generals ist natürlich Herrn Reventlow sehr unangenehm und rächt ihm absolut nicht in seinem Kram, denn es könnte das Märchen von der Erdoberfläche der Front durch die Heimat recht ungläubwürdig erscheinen lassen. So läßt er denn abermals einen Strom von Tinte fließen, um zu beweisen, daß die bösen Sozis die Schuld an der militärischen Niederlage und dem aus ihr erwachsenden Elend zuzuschreiben, wie die Herren von der Rechten auch weiter verfeuchten und schimpfen werden. Sie werden die Tatsache, die unaussprechlich in den Annalen der Geschichte geschrieben steht, mit all ihrem Schmutz nicht zudecken können, die Tatsache nämlich, daß durch eine gemüthlose Sabotageaktion und durch ein verbrecherisches Hazardspiel mit dem Leben des deutschen Volkes, der Krieg verloren ging.

### Eine internationale Untersuchungskommission für Deutschland.

Das Aktionskomitee der Internationale beschloß in seiner Londoner Tagung, an der Henderson, Sunnens, Comuel und Renaudel teilnahmen, u. a. die Entsendung einer Kommission nach Deutschland, um die hierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren und hierüber in einer am 28. Februar in Rotterdam stattfindenden Konferenz Bericht zu erstatten. Diese Kommission wird aus vier Mitgliedern bestehen und zwar aus dem Franzosen Mistral, dem Holländer Visant, dem Engländer Henderson und dem Belgier Heymans (dem Generalsekretär der zweiten Internationale).

### Der Belagerungszustand über Hamburg.

W. wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, aufgehoben worden.

### Clemenceauschändliche Kundgebung in Nürnberg.

Unter Münchener Parteiflagge „Der Republikaner“ meldet: In einem kleinen Saal wurde am vorigen Samstagabend bei der Vorführung des Einzuges Clemenceaus in Straßburg allgemein gepfiffen und schäuderhafte Hochrufe unterdrückt.

### Die Wahl der Elternbeiräte.

Das die Eltern wählen müssen! Die Wahl erfolgt in der letzten Form der politischen Parteien. Jeder Vater und jede Mutter — einschließlich der Adoptivkinder — können wählen und gewählt werden. Die Wahl erfolgt auch für die Kinder, wenn diese in der betreffenden Schule sind. Befreiungen oder Kinder einer gemeinsamen Familie. Es gilt das Wahlrecht der Eltern nur für diese Schulen, wenn die Kinder auch in verschiedenen Schulen, so gilt das Wahlrecht für jede einzelne dieser Schulen.

Spätestens 4 Wochen vor der Wahl werden die Eltern Schulen vor der Wahl werden es auch dadurch erfahren, daß sie durch öffentliche Veröffentlichung oder durch ihre Kinder eine Einladung erhalten zu einer öffentlichen Elternversammlung der Schule, die ihre Kinder besuchen. Die Wahl erfolgt in der letzten Form der politischen Parteien. Jeder Vater und jede Mutter — einschließlich der Adoptivkinder — können wählen und gewählt werden. Die Wahl erfolgt auch für die Kinder, wenn diese in der betreffenden Schule sind. Befreiungen oder Kinder einer gemeinsamen Familie. Es gilt das Wahlrecht der Eltern nur für diese Schulen, wenn die Kinder auch in verschiedenen Schulen, so gilt das Wahlrecht für jede einzelne dieser Schulen.

Die Wahl erfolgt in der letzten Form der politischen Parteien. Jeder Vater und jede Mutter — einschließlich der Adoptivkinder — können wählen und gewählt werden. Die Wahl erfolgt auch für die Kinder, wenn diese in der betreffenden Schule sind. Befreiungen oder Kinder einer gemeinsamen Familie. Es gilt das Wahlrecht der Eltern nur für diese Schulen, wenn die Kinder auch in verschiedenen Schulen, so gilt das Wahlrecht für jede einzelne dieser Schulen.

Die Kandidatenlisten sind spätestens zehn Tage vor der Wahl dem Wahlvorstande einzureichen. Sie müssen mindestens so viel Namen von Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirats zu wählen sind, und müssen mindestens zwanzig Unterschriften von Wahlberechtigten tragen. In ländlichen Verhältnissen genügen zehn Unterschriften. Kandidatenlisten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen. Alle ändern sind spätestens 8 Tage vor der Wahl in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

Der Gang der Wahlhandlung ist von den politischen Parteien her bekannt, ebenso die Einrichtung der Stimmzettel u. s. f. Bistenverbindung ist unzulässig. Ueber die Wahlhandlung wird ein Protokoll aufgestellt und der Schulaufsichtsbehörde (Kreis- und Stadtschulrat) eingereicht.

„Einsprüche gegen die Wahl sind nur binnen zwei Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses zulässig.“ Sie sind an den zuständigen Stadtschulrat oder Kreis- und Stadtschulrat zu richten. Einsprüche können erhoben werden:

1. gegen jede Unregelmäßigkeit bei der Wahl,
2. dagegen, daß ein Schulleiter dem Einspruch gegen das Fehlen eines Wahlberechtigten in der Wahlerliste nicht stattgegeben hat,
3. wenn der Wahlvorstand bestimmte Personen trotz Einspruches nicht aus der Wahlerliste gestrichen hat und
4. gegen die Zurückweisung einer Kandidatenliste durch den Wahlvorstand.

„Ueber die Einsprüche entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.“ In Zukunft muß und wird aus diesen Elternbeiräten allerdings doch etwas ganz anderes werden, als ein Kollegium von Strohputzen. In die Elternbeiräte müssen Personen gewählt werden, die sich nicht mit mehr oder weniger unfruchtbarer Kritik und dem Vorbringen von Wünschen und Anregungen, über deren Erfüllung andere allein entscheiden, begnügen; die aber auch durch die Enttäuschung des fruchtlosen Arbeitens sich nicht gleich entmutigen lassen, sondern den Kampf aufnehmen zur Erreichung tatsächlicher Rechte! Von Anfang an müssen Elternbeiräte gewählt werden, die sich größere Ziele stellen, als ihnen vorgezeichnet wurden! Sie müssen die Fesseln durchbrechen, die sie auf die Schule ihrer Kinder beschränkt, indem sie mit den Elternbeiräten anderer Schulen Verbindung aufnehmen und mit diesen gemeinsam eine ausschlaggebende Vertretung in den städtischen Schuldeputationen und staatlichen Schulverwaltungen fordern. Sie müssen sich den mitleidigenden und später den alleinvertretenden Einfluß auf die fernere Gestaltung des öffentlichen Schulwesens erkämpfen. Ihre Aufgabe wird es dann sein, aus der Klassen- und Gedächtnisschule des kapitalistischen Staates, die Einheits- und wirksame Volksschule der sozialistischen Gemeinschaft zu schaffen; die alle geistigen und körperlichen Anlagen der Jugend fördert, sie statt mit unerfüllbaren religiösen Geboten und Verboten zu bewahren, zu einer vernünftigen Menschheitsmoral erzieht und dem fähigen, jungen Menschen alle Schätze des Wissens zugänglich macht!

Die Reaktion, arbeitet mit allen Mitteln, um die Elternbeiräte mit modrigen Mindergeist zu durchdrängen. Demgegenüber ist es die Pflicht aller Sozialisten, an den Elternbeiratswahlen mit eigenen Listen teilzunehmen, alle kenntnisreichen Männer und Frauen aus ihren Kreisen in diese Räte zu entsenden, um aus einer Axttrappe der Reaktion eine Waffe zu deren Bekämpfung zu schmieden! Unsere Pflicht ist, auch auf dem Gebiete des Kulturlebens voranzuschreiten und in emfiger aufbauender Arbeit das Gebäude sozialer Menschheitskultur zu errichten! Deshalb: Auf zu den Elternbeiratswahlen!

Wahl der Elternbeiräte. Laut Verfügung des Preussischen Kultusministeriums sind die Wahlen zu den Elternbeiräten an den Volksschulen auf den 25. Januar, an den höheren Schulen auf den 18. Februar angelegt worden.

### Volkswirtschaftliches.

Durchgreifende Maßnahmen. In München haben laut „Sozialanzeiger“ die beiden sozialdemokratischen Parteien des Stadtrates beschlossen, 20 an Fleischlieferungen beteiligten Metzger-Meistern die Geschäfte zu schließen. Die bürgerlichen Parteien dagegen wollten erst noch die Verhandlungen vor dem Richteramt abwarten.

Erhöhung der Kohlenpreise. Berlin, 2. Jan. In seiner Sitzung vom 30. Dez. hat der Reichskohlenverband unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministers die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Preiserhöhungen beschlossen:

- I. Für den Bezirk des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbezirks:  
Kohle allgemein 18,60 RM., Raubkohlen 21 RM., Briketts 40,50 RM., Koks allgemein 24,70 RM., Briketts I—III 31,70 RM., Briketts IV, Anabriketts, Alteintrags, halb gef. und halb gef. Koks: Verkok 29,70 RM., Koksgrus 9 RM., Schlammkohle, minderwertige Feinkohle 6,80 RM., Braunkohle und Mittelkohlen 4,80 RM. je Tonne.
  - II. Für den Bezirk des Niedersächsischen Kohlenbezirks:  
Feinbriketts 18,60 RM., Schmelzbriketts 21 RM., gewaschene Raubkohle 21 RM., Briketts 31,70 RM., Feinkohle 26,70 RM., Perlkoks 29,70 RM., Briketts 40,50 RM. je Tonne.
  - III. Für den Bezirk des Niedersächsischen Steinkohlenbezirks:  
Kohle 21,60 RM., Koks 31,20 RM., Briketts 39,60 RM., Schlammkohle 8,80 RM. je Tonne.
  - IV. Für den Bezirk des Sächsischen Steinkohlenbezirks:  
Kohle allgemein 21,60 RM., gewaschene Kohle 24 RM., Koks 34,80 RM., Briketts 10,80 RM. je Tonne.
  - V. Für den Bezirk des Mitteldeutschen und des Ostdeutschen Braunkohlenbezirks:  
Briketts und Raubbriketts 27,60 RM., Siebkohle 8,04 RM., Raubkohle 6,4 RM., Grubkohle 30,60 RM. je Tonne.
- Ueber die Preiserhöhungen hat der Reichskohlenverband mit Wirkung ab 15. Januar 1920 eine weitere Preisermäßigung beschlossen. Der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministers hat da kein in rechtlicher Hinsicht für diese weitere Preisermäßigung nicht genügend geklärt erschienen und da er bei ihrer Ausführung Gefahr eine vorherige Befragung des Reichskohlenverbandes, um eventuell des Reichstages für nötig hielt, diese weitere Preisermäßigung beantragt. Sie treten also vorerst nicht in Kraft.



## Der Fall Helmhake vor Bericht.

Aus den Verhandlungen gegen den Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung Untergebener, von denen eine tödlich verlaufen ist, geben wir folgende Einzelheiten wieder:

Der Angeklagte Assessor a. D. Hans Hiller ist am 25. Juni 1878 als Sohn eines Lehrers in Berlin geboren. Am 1. Oktober 1904 wurde er Soldat und machte den Krieg von Anfang an mit. Hiller ist bereits im Jahre 1916 als Kompanieführer beim 4. Garde-Regiment mit einer Woche Stubenarrest wegen Mißhandlung eines Untergebenen bestraft worden. Dieser Fall liegt zeitlich nach den in der Anklage aufgeführten Mißhandlungen.

Die Anklage legt Hiller zur Last, daß er als Führer der vierten Kompanie des Garde-Füsilier-Regiments im Jahre 1915 im Felde sich acht Mißhandlungen hat zu schulden kommen lassen. So hat er u. a. den an einen Baum gebundenen Karl Helmhake geohrfeigt und hat ihn späterhin, als der Mann von zwei Sanitätern auf einer Bahre fortgebracht wurde, ins Gesicht getreten, hat ihn außerdem

### In ein kaltes Erdloch

bringen lassen und so den Tod Helmhakes mitverschuldet. Weiterhin wird dem Angeklagten zur Last gelegt, daß er den Gefreiten Thomas gezwungen habe, sich bei sehr kalter Witterung auszulegen und die eitrigen Füße des Mannes betrachten habe. Thomas wurde in ein Lazarett gebracht und starb dort. Weiterhin hat ein Student Müller Hiller wegen Krankheit um Befreiung vom Dienst. Hiller ließ den Mann trotzdem auf Wache ziehen;

### am nächsten Morgen fand man Müller tot

auf. Weiter wird der Angeklagte beschuldigt einen Füsilier, der unterwegs eine Frau um Schwären bat, mit der Waffe geschlagen zu haben, seine Ordnonanz Büchse mit dem Kolben derart geschlagen zu haben, daß der Kolben abbrach, und den Unteroffizier Schneider, der auf dem Marsche lachte, mit der Reitgerte geschlagen zu haben. Diese Vergehen verstoßen gegen die §§ 54, 53, 122, 123 und 74 des Militärstrafgesetzbuches.

Der Angeklagte Hiller erklärt zur Anklage, er sei mit Helmhake im Februar 1915 in demselben Transport nach den Karpathen gekommen. — Vorsitzender: Helmhake ist an einem blutigen Darmkatarrh verstorben; es wird angenommen, daß der Tod auf die Behandlung zurückzuführen ist, die Sie ihm zuteil werden ließen. — Angeklagter: Die Verhältnisse liegen vier Jahre zurück, so daß ich keine ganz klare Erinnerung habe. Daß ich Helmhake eine Ohrfeige gegeben haben soll, als er am Baume angebunden war, bestreite ich. Helmhake wurde von mir zweimal bestraft, das einmahl wegen eines Käsebiebstahls. Er wurde mit drei Tagen Arrest bestraft. Die Strafe wurde in üblicher Weise vollstreckt durch zweifelhafte Anbinden an einen Baum. Durch dieses einmalige Anbinden war die Strafe verbüßt. Die zweite Strafe erhielt Helmhake, weil er nicht zum Gewehreinigen gekommen war. Er wurde in einem Unterstande aufgefunden und sagte, er sei krank. Dafür erhielt er wieder drei Tage Arrest in derselben Weise. — Vorsitzender: Es wird Ihnen vorgeworfen, daß Sie ihn in ein Erdloch gesteckt und einen Posten davor gestellt haben. — Angeklagter: Während der Verbüßung der Arreststrafe kam der Bataillonskommandeur von Rohrer vorbei und hörte, daß Helmhake lachte. Als der Kommandeur ihm zur Rede stellte, beschimpfte er ihn. Darauf befahl der Kommandeur, daß Helmhake als Untersuchungsgefangener zu behandeln sei. Ich ließ ihn in einen Unterstand bringen. Unsere Unterstände waren damals Erdlöcher; sie waren mit Lannen bedeckt und absichtlich klein, damit sie warm hielten. Allerdings waren sie alle feucht und lehmig. Ich habe aber nicht absichtlich ein schlechtes Loch ausgefucht, sie waren alle

so. — Vorsitzender: Ihnen wird der Vorwurf gemacht, daß Sie die Strafe des Anbindens trotz strenger Kasse vollstrecken ließen. — Angeklagter: Es war nicht so kalt, meist wurde das Anbinden mittags vollstreckt. Ich glaube kaum, daß wir damals jemals über 20 Grad Kälte hatten, so daß zwei Stunden Anbinden keine Gesundheitsgefährdung darstellen kann. Mit dem einmaligen Anbinden von zwei Stunden war die Strafe immer erledigt. — Vorsitzender: Was ist mit dem Laibericht über diesen Vorgang geschehen? — Angeklagter: Meines Erinnerns habe ich ihn eingereicht. Major von Rohrer ist aber verstorben. Daß ich befohlen hätte, Helmhake Essen und Trinken zu entziehen, klingt mir unwahrscheinlich, das glaube ich nicht. Dazu hatte ich auch kein Recht. Von einer Erkrankung Helmhakes vor seinem Tode habe ich nichts gewußt. Er ist vier bis fünf Tage in Untersuchungshaft gewesen und in derselben verstorben. — Vorsitzender: Helmhake wurde in der Zeit von zwei Krankenträgern zum Austritt geführt, er soll nicht mehr in stande gewesen sein, sich selbst zu bewegen. Sie sollen das angesehen und gesagt haben:

„Das Schwein verstellt sich nur, tretet ihn in den Hintern!“

Sie sollen ihn dann selbst einen Tritt gegeben haben. — Angeklagter: Das bestreite ich. — Ein weiterer Angeklagter, wie war der Gesundheitszustand damals in Ihrer Kompanie? — Angeklagter: Wir hatten täglich Abgänge. Wir wußten uns nicht zu erklären, weshalb die Leute plötzlich erkrankten und glaubten zunächst, daß sie simulierten. Es stellte sich dann heraus, daß die Leute plötzlich morgens schlapp wurden und bis zum Abend tot waren. Stellenweise war die halbe Kompanie krank. Es stellte sich schließlich heraus, daß Ruhr, Typhus und blutige Darmkatarrhe die Ursache waren.

Zum Fall Thomas, der infolge seiner eitrigen Füße im Unterstand gestorben ist, erklärt der Angeklagte: Der Zugführer kam eines Tages mit Thomas zu mir und sagte, der Mann röche so fürchterlich, daß seine Kameraden es nicht aushalten könnten. Ich bin dann mit Thomas zum Stabsarzt gegangen und ließ den Mann die Hosen herunterziehen. Thomas war vollkommen verwahrloßt.

### Die Deime waren ganz schwarz, die Feten waren infolge Ertrierens vereitert.

Ich habe die anderen Mannschaften nur rufen lassen, um ihnen zu zeigen, wie es ihnen gehen könne, wenn sie sich ebenfalls vernachlässigten. Hierauf habe ich Thomas in Decken hüllen und fortbringen lassen. Es kam schon damals vielfach vor, daß Leute sich absichtlich die Füße errieren ließen (sich) oder Schüsse in die Hand beibrachten, um ins Lazarett zu kommen. — Vorsitzender: Wie war der Fall Müller? Der Kriegsfreiwillige Student Müller soll zu Ihnen gekommen sein und Sie inessällig gebeten haben, ihn vom Wachdienst zu befreien, da er krank sei. Am nächsten Morgen fand man Müller dann tot in der Latrine. — Angeklagter: Ich glaube nicht, daß Müller zu mir gekommen ist. — Vorsitzender: Die Zeugen bekunden, daß Müller am Morgen tot in der Latrine lag. Aus den Akten geht hervor, daß Müller am 9. April im Revier gestorben ist. War das Revier Ihr Unterstand? — Angeklagter: Wir waren auf dem Vormarsch. — Vorsitzender: Das kann nicht gut stimmen, am 9. April war kein Vormarsch. Wie weit war es von Ihrem Unterstand bis zur Krankenstube? — Angeklagter: Etwa eine Stunde. — Vorsitzender: Zur selben Zeit sollen Sie einen Füsilier, der von einer Frau Eier angenommen hatte, mit dem Seitengewehr über die Kopf geschlagen haben? — Angeklagter: Davon weiß ich nichts. In den Karpathen herrschte die Cholera und ganze Dörfer waren ausgestorben. Den Mannschaften war daher streng verboten, von den Bewohnern etwas anzunehmen, um die Seuche nicht zu verbreiten. Ich sah streng darauf, daß niemand aus der Kolonne her-

austrat, auch schon deshalb, um die Lebensmittel, die beschafft werden konnten, gleichmäßig verteilen zu können. — Der Anklagevertreter stellt hierauf fest, daß der Angeklagte in seiner Aussage wesentlich von seinen früheren Bekundungen abweicht.

## Die Demagogie unserer Agrarier.

Vor einiger Zeit nahmen wir Stellung zu einem in der „Danz. Allg. Ztg.“ erschienenen Artikel des Deputierten Wehner, in dem derselbe Herr die Schuld an dem Ertrieren von tausenden Zentnern Kartoffeln, Rüben, Kohl usw. der Verkürzung der Arbeitszeit zuschob. Wir hatten in unserer Erwiderung diese Auffassung ins richtige Licht gerückt. Nunmehr finden wir in der „Königsberger Volksztg.“ einen Artikel des Leiters des Deutschen Landarbeitersverbandes, Schnell, in dem derselbe ebenfalls die Ursache der Zugrundegehens großer Mengen von Nahrungsmitteln untersucht. Wir entnehmen daraus folgende Sätze:

„Die verkürzte Arbeitszeit ist nun vollständig bei Ihnen (den Landwirten, D. Red.) allerorts schuld; daß die Kartoffeln erfroren sind. Als ob nicht schon in früheren Jahren, wo man noch ungepflügt bei Winternächten tuberkulose und polnische Wanderarbeiter in großer Zahl dazu zur Hilfe hatte, es nicht auch einmal passiert wäre, daß die Unkunst der Witterung die ganze Getreidearbeit wie in diesem Jahre unendlich verzögerte und ein strenger Frost und Schnee unerwartet früh uns überraschte, und daß dann Kartoffeln und Rüben erfroren wären.“

Die verkürzte Arbeitszeit! Als ob man nicht hätte Ueberstunden machen können, wenn man nur den Reuten hätte was verdienen lassen wollen. Aber die Ueberstunden möchten sie unsonst gemacht erhalten. Hat man uns nicht bei jedem Kreisratsabschluß, wenn es um die Ueberstundenfrage ging, gesagt:

„Wir werden keine Ueberstunden machen, Ueber lassen wir alles verkaufen!“

Ober hätte man nicht bei einem gerechten Akkordtag noch tausende Zentner Kartoffeln einbringen können? Es gab Vermünftige, die die Kartoffeln um den höchsten Scheffel als Entgelt roden ließen, und dort hat man noch 200 bis 300 Morgen mehr herausgebracht, ehe der Frost kam. Es gab aber auch solche, die den Reuten nur den zehnten Scheffel böten, und weil sie dafür niemand roden konnte und mochte, blieben eben die Kartoffeln draußen und erfroren. „Für mich sind es genug!“ Es soll aber auch noch solche geben, die nicht einmal für ihre Wirtschaft genug haben und befeuert sein wollen. Einen Teil Schuld hatte auch die Eisereinnahme für Roggen. Bis zum 15. Oktober mußte geerntet werden. Die Kartoffeln waren aber erst fertig. Je mehr erfror, desto teurer wurden die Ueberstunden. Die Arbeitergenossenschaft fandte Arbeiter aus Sachsen, Mecklen und so — wenn ostpreussische Arbeiter für den Winter empfinden anders gearbeitet als ostpreussische Arbeiter mitbringen hätten können. Aber diese Leute waren ein Stück mit Ostpreußen frugen geleitet. In Pommern, weshalb die Arbeit nicht vorwärts gehen konnte, war meist, daß sie dort alleingelassene Junckergeist absolut nicht in die neue Zeit mitden wollte. Wo nichts als Kraut vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf dem Hofe mit den Arbeitern war, so konnte man keine Arbeitsfreudigkeit erwarten. Die Arbeiter wurden schlecht behandelt und nicht selten gemahregelt. Mit dem Worte „Arbeitsfrieden“ im Munde trieb man in Wirklichkeit Sabotage an der Kultur, nämlich, ohne Befehl, Ordnung, Amtsvorsteher, Gendarmen und Staatsanwalter und es eben nicht gehen. Ein hochmütiger, arroganter Sommer hat, wo man ihm nur genügend freie Hand ließ,

## Der Schandfleck.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Knzengruber.

I.

Zu beiden Seiten der Straße erhoben sich Hügel, dehnten sich mächtig hinan und machten den Versuch, eine Gebirgskette aufzubauen, welche aber etwas nieder ausfiel. Es war eine vornehme Straße, sie erlaubte den Häusern nur rechts und links Spalier zu machen und bewilligte der Ortschaft nur eine einzige Gasse. Ab und zu verzweigte sich auch ein Fahrweg und wand sich zwischen den Hügeln hindurch. Wer sich dort angefiebelt hatte, in den verengten, verstreuten Gehöften, der gehörte wohl zur Gemeinde, aber ein Ortskind war er immer, er wohnte — wie sollte man es heißen, in der Schlucht, im Hohlwege? Das hieß den sanftmütigen Hügel doch zu viel romantische Ehe antun, der Volksmund traf auch hier das Richtige und nannte diese Begleitenden „Gräben“, und so wohnte ein und der andere Bauer im „mittleren“, im „Hohlweg“, oder sonst irgend einem Graben.

Im „mittleren“ Graben, nahezu eine halbe Stunde vom Orte, befand sich ein Häuschen, aber dem Hügel vor demselben stand die Sonne und spiegelte sich in den Fensterscheiben, diese gaben für diesmal das Bild in schwarzen Linien wieder, denn sie waren dicht drangehen. Im ganzen Gehöfte ist alles still und ruhig, nur in der Küche, gerade vor der Stube mit den verhängten Fenstern, da brodelt manchmal vorlaut das Wasser in einem Topfe, oder es tropft von einem Dedel und verzögert auf der heißen Herdplatte; eine stämmige Dirne, die da herumhandelt, ruft dann immer ein krauses „Pfui“, nach einer Weile aber beginnt sie einen Bänder vor sich hinzusummen, bis sie ein Schwärzenblau aus der Stube vernimmt, daß sich das doch auch nicht recht schicken will, und dann läuft sie geschäftig nach der Tür, derselben und guckt hinein und nicht den beiden Weibern zu, die da sitzen um die in Rindeknöden liegende Reindorferin geschäftig sind; geschäftig wohl nur die eine, die künstliche Gevatterin, die andere, ein altes, zusammengekrümpftes Mitteltchen, blüht aus großen nicht schlagernden Augen, als ob sie sich über alles höchlich verwundert würde, sitzt aber ohnmächtig da, ruhig nebenbei und wartet, bis die Pflicht sie ruft.

Draußen im Hofe steht ein alter Mann, er mag sich immerhin auf seinen Knien befinden, der anweist, daß er noch nicht die erste Hälfte der Reindorfer überbringt hat, er ist aber von der Zeit so abel mitgenommen, daß ihm diese Benutzung wenig misgeht, er denkt wohl auch nicht daran, was den Knien zu tun

langt, wäre ihm wohl lieber, der Starter hätte nie die Nähe gehabt, einen Joseph Reindorfer in das Kirchenbuch einzutragen.

Als der Bauer war es, der Herr der Reindorfer, der Joseph Reindorfer, der da draußen im Hofe vor einem Reitwagen stand, dem ein magerer Brauenborstengespannt war; auf dem Sattel saßen ein vierjähriger Bürsche, etwa sechzehn Jahre alt und ein Mädchen, das hierherin zählen mochte, die Kinder des Bauern. Reindorfer nahm die Peitsche, die an der Deichsel lehnte, und langte sie dem Jungen zu. „Nun mach, daß ihr fortkommt, grüßt mir meinen Bruder und fährt sein Geschick, es hat keine Elle, ihr braucht mir“ — setzte er verlegen hässelnd hinzu — „nicht vor Abend heimzukommen.“

Der Bürsche lachte. „Lut doch der Vater gerade, als wähte man von nichts!“

Das Mädchen wurde rot, blühte zur anderen Seite des Wagens nieder und stuppste den Bruder kette mit dem Ellbogen.

„Was wirst auch viel wissen“, brummte der Bauer.

„Für seine alten Tage“, sagte der Bürsche lachend, „hätte der Vater auch geschickter sein können.“

Der Alte riß eine Pfeife an sich und koste damit aus, aber er begann sich, sah den Bauer giftig an und schlug nach dem Pferde, das erschrocken zum Hoftor hinausjagte und den Wagen hinter sich her riß.

Das Mädchen freute sich, der Junge lachte, und als er den Wagen in ruhigen Gang gebracht hatte, sagte er zur Schwester: „Der Hof enthält ohnedem kaum etwas, bist du schon zu viel, weil du so auch ausgehört werden sollst, wie soll gar noch ein dreites haben freuen und gehen und bestellt werden.“

Er machte durch einen Peitschehieb seinen Gefühlen Luft, und das Mädchen, das im übrigen seine Umschauungen zu helfen schien, vergaß die Anspielung auf sich nur durch einen nicht ernst gemeinten Pfiff.

Reindorfer hatte das Hoftor hinter den Reindorferin geschlossen, jetzt ging er langsam dem Garten zu; als er an der Ecke vorüberkam, trat die Wagg an die Schwelle und schloß über sie, er sah sie groß an, dann wandte er sich ab und schritt losschüttelnd weiter. Im Garten war eine Hande, blüht mit Rüben umgeben, Scher, dort lag er sich auf die Bank nieder, Reindorfer die Wagg auf den Tisch und starrte auf den kleinen Rast der Wagg.

Zwischenwandlung umfante, noch, umfante und lachte es nicht durcheinander in Galmen, Hülsen und Bäumen, lachte, lachte und sang es nicht in den Lüften? Das wird... Es schien sich zu sehen und Furch und Wärme — es ist doch... an dem Bauer dort in der Raube das Herz im Leibe hoch aufgegangen, daß ihm das Grün so erhellte, der Vogelzug so hübsch schien, warum gerade heute nicht, wo man aus der Hüden, wählige... in jedem Augenblicke Lebensfreudigkeit und Lebensmut in sich lag, wo im Nebenflären Logesichte jede Sorge verweichten außer, warum sollte es nicht über den Hof und schlief sich letzte durch die Gasse und lachte an der Türe der Stube mit den verhängten Fenstern, die Wagg hätte ihn lieber nicht verraten und Wunder wären, so es auch nicht, wenn er es hätte, das wollte sie ihm nur zu verstehen geben, als sie ihn noch anlachte, — warum hielt er sich fern?

Ein paar Mal rüßte der alte Bauer unentgeltlich auf den Knien hin und her. „Schließ dich nachsehen, denn das es nicht aufhört. Ja, wer es so weg hätte, sich zu erheben, sich zu erheben anmeist und jeder glaubt, Mecht...“

„Ja, er hätte seinen guten Grund kein zu bleiben, er zu können, ihr niemand logen, denn auch der Bauer, hat auf...“

„Ja, wer es weg hätte, sich zu erheben...“

„Ja, wer es weg hätte, sich zu erheben...“



...der alles versteht, nur nicht mit freien Menschen zu arbeiten.  
Aber es gab noch andere Gründe weshalb die Kartoffeln einbringen: Das Umziehen der Arbeiter im Herbst! Gerade mitten in der Kartoffelernte haben wir mehrere Tage vor und nach dem 1. Oktober, dem 1. und 11. November, ganze Wagenreihen umherziehender Landarbeiter mit oft der Pferdebespannung ganzer Höfe auf den Straßen liegen. Die Leute haben in diesem Herbst selbst Millionen Schaden gehabt. Ein ganz beträchtlicher Teil ihrer Kartoffeln ist auch beim Umzug nach erfroren. Aber die Zeit vor allen Dingen hätte ausgezeichnet benutzt werden können. Ja, ich möchte glauben, wenn wir nicht die Resttermine im Herbst gehabt hätten, wären die Kartoffeln leichter hereingekommen. Das Ziehen zu Michaeli und Martini ist ein alter Brauch aus den Zeiten, in denen die Landarbeiter nichts mitzurechnen hatten, in der das einseitige Recht und die Macht der „Brot-herrn“ allein bestimmten. Dieser Luxus muß in Zukunft abgeschafft werden. Ziehen wir doch im Frühjahr, am 1. April. Da sind wir in Ostpreußen noch nicht bei der Feldarbeit und haben die beste Zeit dazu. Dann fällt auch die Kündigung in den Herbst und der Arbeiter hat in den arbeitsamen Wintermonaten nichts veräußert, wenn er sich einen Tag mehr oder weniger nach Arbeitsstelle für das nächste Jahr umsieht, während er im Sommer dreimal kostbarere Arbeitstage dazu veräußern muß. Dazu hat man auch zum Ziehen mindestens eine Fuhr weniger nötig; denn der Arbeiter hat während des Winters den weitgrößten Teil seiner Kartoffeln aufgefressen und sie können ihm daher auch nicht, wie letzten Herbst erfrieren, ganz abgehen davon, daß es um diese Zeit selten mehr hart friert. Das muß in nächster Zeit, koste es, was es wolle, durchgeführt werden. Die Arbeiter verlangen es in ganz richtiger Erkenntnis. Den Herren Arbeitgebern wird das ja wohl nicht in den Kram passen. Sie werden allerhand Einwände dagegen machen. Aber mit dem richtigen werden sie nicht herauskommen: nämlich, daß man den Arbeiter, der am 11. November anzog, nicht mehr so hoch am 12. November schon wieder anschnauren kann: „Wenn es dir bei mir nicht paßt, dann schick dich doch zum Teufel“, weil für den Arbeiter der böse Winter mit Sorge und Arbeitslosigkeit vor der Tür wartet, wenn er rausgeschmissen wird.

Wir bringen der „Danz. Allg. Ztg.“ bezug. ihrem Gewährsmann, diese Ausführungen zur Kenntnis, die die Demagogie unserer Agrarier so trefflich charakterisieren.

## Lokales.

### Reiche Breittlingsfänge bei Gela!

(Zwangswirtschaft — freier Handel — Trup — Monopol?)  
Man wählt von zwei Uebeln gewöhnlich das kleinere! Wenn man aber zwischen mehr als zwei Uebeln wählen soll, von denen jedes die gleichen Eigenschaften aufweist, wird man unglücklich! — Das ist auch von der hiesigen Fischwirtschaft zu sagen. Die „Zwangswirtschaft“ der Fische hat — auch wohl anlässlich der bekannten Vorgänge bei der Westpreussischen Fischhandels-gesellschaft — keine angenehmen Erinnerungen hinterlassen. Die bei der seinerzeit im Versteigerungsausschuss stattgefundenen Verhandlungen erörterten Vorlesungen darüber sollten zu einer günstigen Klarstellung führen. Das hätte der Einmüßigkeit jener Ausschusses Verhandlung, Staatsrat Dr. Grünspan, feierlich versprochen. Die Verbraucher — für die spricht hier der Einsender — wären Dr. Grünspan dankbar dafür, wenn jene „Erläuterungen“ nicht mehr lange auf sich warten lassen würden.

Dann kommt der „freie Handel“ mit Fischen, als langgestreckter Nachfolger der Zwangswirtschaft. Wie um so schwieriger es da gleich geworden war, überhaupt noch Fische nach Danzig zu bekommen, zeigten die langwierigen Verhandlungen mit den hiesigen Fischern, insbesondere wegen der frühen Termine. Bei jenen Verhandlungen war der Fischern beigegeben hat, wird sicherlich eine andere Meinung von der Unmöglichkeit der Gelaer bekommen haben. Viele Händler — als solche sind auch die Fischer angesehen — glauben einen Selbstverzicht zu erheben, wenn sie nicht mit einem „ausgesprochenen“ Verdienst arbeiten. Ob der Verbraucher dabei vollständig verliert, ist ihnen doch gleichgültig! Dem einen wird der Preis gewöhnt, der andere trägt ihn! Die Begehrlichkeit kennt eben keine Grenzen. So hat man beobachtet, daß in der Versteigerung Waren zu dem verdoppelten Preise des Posttages verkauft wurden. Seine wirksame Kontrolle war vorhanden, um denartigen Forderungen ein Ende zu machen. Diese Begehrlichkeit ist zu einem Ansehensverlust für das ganze Volk geworden. Gegen sie vertrat nur noch ein einzelner Mann etwas aufzutreten. Der Welt der alten Zeit! Denn diese aber nicht bald in Aktion tritt, dürfte dieser „ideale“ Zustand wohl noch längere Dinge erziehen lassen! Die Welt der alten Zeit wird auf den Verbraucher übertragen. Der Verbraucher muß sich zu jedem Opfer bereit sein. Die „Lohnbewegung“ auf der „anderen“ Seite wird mit „unrichtigen“ Forderungen „abgehandelt“, aber es wird — wo dieses Entgegenkommen als nicht „ausgesprochen“ genug empfunden wird — der Schiedsrichter des Handels, man sucht über hohe Löhne, Gehälter usw., nicht diesen die Schuld an der (unrichtigen) Meinung zu — deren Gehalt der Staat nicht nach an jenen Wänden! — Wenn man doch endlich einsehen möchte! Ein Uebel ist es, wenn z. B. der Fischer sagt: „Wenn andere Elände bis 700 Mark für den Sommer frische Breittlinge geben, die von Gela kommen, dann muß man doch in Danzig mindestens die Hälfte zahlen.“ Ein beträchtlicher Bruchteil wird gemacht und geht nach allen Regeln der Kunst, und die Breittlinge dabei sind immer die Verbraucher. Für jene Anweisung, und der sich die schwersten Sorgen nach drei verwichenen Jahren, und hin ausrechnen lassen, findet man nicht gleich den richtigen Weg, daß man diese Sache lieber über auch ungelöst, weil sie doch nirgend mit fruchtbarer Boden fallen.

Dann kommt der „freie Handel“ mit Fischen, als langgestreckter Nachfolger der Zwangswirtschaft. Wie um so schwieriger es da gleich geworden war, überhaupt noch Fische nach Danzig zu bekommen, zeigten die langwierigen Verhandlungen mit den hiesigen Fischern, insbesondere wegen der frühen Termine. Bei jenen Verhandlungen war der Fischern beigegeben hat, wird sicherlich eine andere Meinung von der Unmöglichkeit der Gelaer bekommen haben. Viele Händler — als solche sind auch die Fischer angesehen — glauben einen Selbstverzicht zu erheben, wenn sie nicht mit einem „ausgesprochenen“ Verdienst arbeiten. Ob der Verbraucher dabei vollständig verliert, ist ihnen doch gleichgültig! Dem einen wird der Preis gewöhnt, der andere trägt ihn! Die Begehrlichkeit kennt eben keine Grenzen. So hat man beobachtet, daß in der Versteigerung Waren zu dem verdoppelten Preise des Posttages verkauft wurden. Seine wirksame Kontrolle war vorhanden, um denartigen Forderungen ein Ende zu machen. Diese Begehrlichkeit ist zu einem Ansehensverlust für das ganze Volk geworden. Gegen sie vertrat nur noch ein einzelner Mann etwas aufzutreten. Der Welt der alten Zeit! Denn diese aber nicht bald in Aktion tritt, dürfte dieser „ideale“ Zustand wohl noch längere Dinge erziehen lassen! Die Welt der alten Zeit wird auf den Verbraucher übertragen. Der Verbraucher muß sich zu jedem Opfer bereit sein. Die „Lohnbewegung“ auf der „anderen“ Seite wird mit „unrichtigen“ Forderungen „abgehandelt“, aber es wird — wo dieses Entgegenkommen als nicht „ausgesprochen“ genug empfunden wird — der Schiedsrichter des Handels, man sucht über hohe Löhne, Gehälter usw., nicht diesen die Schuld an der (unrichtigen) Meinung zu — deren Gehalt der Staat nicht nach an jenen Wänden! — Wenn man doch endlich einsehen möchte! Ein Uebel ist es, wenn z. B. der Fischer sagt: „Wenn andere Elände bis 700 Mark für den Sommer frische Breittlinge geben, die von Gela kommen, dann muß man doch in Danzig mindestens die Hälfte zahlen.“ Ein beträchtlicher Bruchteil wird gemacht und geht nach allen Regeln der Kunst, und die Breittlinge dabei sind immer die Verbraucher. Für jene Anweisung, und der sich die schwersten Sorgen nach drei verwichenen Jahren, und hin ausrechnen lassen, findet man nicht gleich den richtigen Weg, daß man diese Sache lieber über auch ungelöst, weil sie doch nirgend mit fruchtbarer Boden fallen.

Für den Ring der Fischhändler war nämlich nicht zu gewinnen gewesen der hiesige Großhändler Edward Müller, Schiedsrichter. Er hätte aber — was die anderen Fischhändler sagen können — bei dem Fall der Fische notwendig in gutem Glauben, daß man nur noch mit ihm den Breittlingshandel mache, von dem Ring aber nichts zu wissen wolle. Edward Müller — von der Schiedsrichter —

...nehme also im Fischhandel jeglichen eine „Monopolstellung“ ein, und — nach dem freien Handel! — könne er danach das Geschäft nach seinem Belieben dirigieren, wobei der hiesige Volk recht ungünstig abschnide.

Lehteres kam in der letzten Sitzung des Ernährungsausschusses zur Sprache. Erstmalig war dabei die Forderung, daß zurzeit bei Gela — trotz der Kälte — täglich 1000 bis 1500 Zentner Breittlinge und mehr gefangen würden, von welcher Forderung indessen nur der geringste Teil nach Danzig komme, von dem aber auch nicht gesagt werden kann, daß er hier verloslos abgesetzt werde. So hätten die Gelaer Händler am letzten Sonnabend an Edward Müller — unter Ausfall aller übrigen Danziger Händler — 350 Zentner Breittlinge abgegeben mit dem Gelaer Ring wollen sie nichts mehr zu tun haben. Es sollte daher — nach dem Verlaufe der heutigen Sitzung — nach einem andern Modus gesucht werden, um eine derartige „Kultur“ zu befeitigen und zu einer allgemeinen Verständigung — zum Vorteil der Verbraucher! — zu kommen.

Fabrikbesitzer Lüdt — Inhaber der Firma Mir u. Söhne — führte unter allgemeinem Beifall aus, sei unter dem 17. d. Mts. schriftlich und erneut auch mündlich bei dem hiesigen Regierungspräsidenten vorstellig geworden, um im Fischhandel zu intervenieren — trotz der gegenwärtigen guten Breittlingsfänge bei Gela — der Zustand in der hiesigen Fischerei immer trostloser werde, was durch die angeführten Umstände sich noch mehr verschärft. Der Regierungspräsident habe den Antrag abgelehnt, weil er ein derartiges Ausfuhrverbot für ungeschiedlich halte. — Man siehe danach vor einer Asiamität, die insbesondere suche, weil danach die Hauptmengen der frischen Breittlinge nur nach solchen Orten kommen, wo man für den Breittling noch höhere Preise zahle.

Fabrikbesitzer Lüdt und die übrigen anwesenden Fischhändler waren mit dem Verbrauchervertreter darin einig, daß den unerhörten Preissteigerungen — die durchaus nicht von den verbündeten Fischern ausgehen, auch gar nicht in ihrem Interesse liegen — letzten Endes nur mit drastischen Mitteln zu begegnen wäre, wenn kein anderes Mittel vorläge. Man stelle die an sich rühmlichste Selbstsamkeit der Verbraucher auf eine harte Probe. Es dürfe aber der Bogen nicht zu stark gespannt werden. Die Preissteigerungen beim Breittling entspringen vor allem der übermäßigen Ausfuhr des Fisches, der direkt von Gela seewärts gehe, der ein Ziel gesetzt werden müßte. Die Aufsichtsorgane hätten sich zu einem entscheidenden Schritte aufzurufen. Denn neben der Mangel im hiesigen Plage trete jetzt noch der — zu kämpfende! — Fischmangel hinzu, wodurch die hiesige Bevölkerung in der Ernährung doppelt benachteiligt werde.

Der Einsender ist dazu der Ansicht, daß die amtliche Fischstelle des Magistrats unbedingt eines ständigen sachmännlichen Beirats aus den Kreisen der Fischhändler erfordert, um zu jederzeit und überall mit dem nötigen Verständnis einzugreifen. Ein Mandat ist es, eine derartige Sache, die in sich ein hochgeschätztes Verfort, nach „juristischen“ Weisungen zu behandeln, zumal die eigentlichen Voraussetzungen einer Zwangswirtschaft hier gar nicht mehr vorliegen. Dazu sind Wochen vergangen, ehe in dem Punkte des jetzigen Breittlingshandels — der die Gemüter schon lange und auf das Äußerste erregt! — auch der Fischhändler des Magistrats, dem fünf Verbrauchermittglieder angehören, einberufen wurde. Die Einladung zu der heutigen, am 11. März beginnenden Sitzung ging überdies dem Einsender erst eine Stunde vor der Sitzung zu. Die übrigen vier Verbrauchervertreter, die nicht erschienen waren, sind danach wohl überhaupt nicht umfand gewesen, der Einladung nachzukommen.

Es steht die Verlangung Danzig mit Breittlingen aus den großen Fängen bei Gela zu Ende des Jahres. Der Danziger dürfte es zudem als eine außerordentliche Vergünstigung ansehen, wenn wir gegenwärtig zahlen für den frischen Breittling 1,75 Mk. für den getrockneten 6 Mk. pro Pfund. Mehr darf man wirklich nicht beanspruchen, ich meine auch Wohnwollen.

Bei der Fischerei sollte, was Kälteherd zu vermeiden bleibt, wohl noch jedermann einmal Gelegenheit, Fische zu bekommen. Bei den geringen Fischmengen jedoch, die jetzt im „freien Handel“ der hiesigen Fischmarkt passieren, entscheidet bei dem Fischverkauf entweder der Käufer oder — als noch stärkere Befugnis — der Selbstverzicht.

Danzig, den 22. Dezember 1919. E. S.

### Der Wucher mit Breittlingen.

Dem Magistat wird es geschrieben:  
Die Zustände im Handel mit Breittlingen rufen die bezügliche Artikel der Verbrauchervertreter hervor. Der Magistat hat seine Befugnisse, zumal bei der Begehrlichkeit einzusetzen, da mit der Gesetzgebung des Staatshaushalts keine Rücksichtnahme des Magistats möglich ist. Der Magistat ist daher auf die Einwirkung von anderen Behörden angewiesen, welche ein größeres Bewachungsgebiet unterliegt. Das gilt hinsichtlich der Frage eines Ausfuhrverbotes sowie der Festsetzung von Höchstpreisen. Seit längerer Zeit hat der Verbrauchervertreter, den Preis für die Breittlinge herabzusetzen, an dem Widerstand einiger weniger Personen scheitert. Der Magistat hat bei den geschäftlichen Verhandlungen ein Einschreiten gegen diese Personen beantragt. Im übrigen muß die Abminderung des Breittlingspreises, das ein Friedenspreis von 25 Mk. pro Zentner vorhanden ist, entschieden zurückgewiesen werden. Die Preissteigerungen werden teilweise überhöht, was nicht als Selbstmittel zu verstehen, bei normalen Fängen war ein Preis von 5 Mk. für den getrockneten angemessen. Wenn jetzt ein Preis von 250 Mk. verlangt worden ist, so ist dies ein Preis in freier Form.

### Die falschen Milchmarken.

Die Verbrauchervertreter des Magistats laufen häufig Gefahr, daß ein Uebel, die ungenügende Bekämpfung der Milchmarken mit Milch betreffen. Auch wird vielfach darüber geklagt, daß Milch an Unberechtigte abgegeben wird. Der Magistat bemüht sich, sich gegen alle Arten von Unrechtmäßigkeiten zu wehren. Die Milchmarken sind ein wichtiges Merkmal für die Herkunft der Milch. Es wird gebeten, die Milchmarken der Verbraucher zu prüfen, um die Herkunft der Milch zu ermitteln. Die Milchmarken sind ein wichtiges Merkmal für die Herkunft der Milch. Es wird gebeten, die Milchmarken der Verbraucher zu prüfen, um die Herkunft der Milch zu ermitteln.

### Die Höchstgrenze für Mietpreissteigerungen.

Zu dem Gesetz über die Einführung einer Höchstgrenze für Mietpreissteigerungen veröffentlicht der hiesige Magistat die Beschlüsse der Ausschussmitglieder. Das Gesetz wird nicht nur dem Gesetzgeber, sondern auch dem Verbraucher, der nicht in der Lage ist, die Kosten der Miete zu bezahlen, zu Gunsten der Verbraucher zu sein. Die Höchstgrenze für Mietpreissteigerungen wird durch das Gesetz festgelegt. Es wird gebeten, die Mietpreise zu prüfen, um die Einhaltung der Höchstgrenze zu gewährleisten.

...bis 20 Prozent in kleineren Orten dagegen bis zu 100 Prozent. Auch sind mit der zunehmenden Wohnungsnot außerhalb der Miet-einigungsämter noch Wuchererinnen gefordert und bewilligt worden.

Die Beschlüsse der Gemeinden mit über 2000 Einwohnern haben im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Mieteinigungsämter nach Anhörung eines Sachverständigenausschusses eine Höchstgrenze für Mietpreissteigerungen festzusetzen. Dieser Beschluß darf nur bei veränderten Verhältnissen geändert werden. Diese Höchstgrenze darf die Friedensmiete vom 1. Juli 1914 nicht mehr als um 20 Prozent übersteigen. Wenn die Höchstgrenze über 20 Prozent festgelegt wird, so ist grundsätzlich Einspruch einzulegen. Bei den auf Grund dieses Einspruches anzuhaltenden Verhandlungen soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß allein durch Bewilligung von Mietzuschlägen die Unterhaltung der Häuser durch die Vermieter erfahrungsgemäß nicht gewährleistet wird. Ueber die Trennung der Heizungskosten von der Miete wird gesagt, daß diese besprochen erfolgt sei, um den Mietern von Schäden mit Zentralheizung eine Erleichterung zu verschaffen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind die durch Heizung tatsächlich entstandenen Kosten maßgebend. Die Vermieter sollen darüber Buch führen und dieses dem Mieterauschuss vorlegen.

Die Verordnung wird damit begründet, daß die Wohnungsnot immer mehr anwächst, voraussichtlich der fehlenden Baustoffe wegen noch einige Jahre andauern wird und damit auch die Gefahr weiterer ungeschickter Mietsteigerungen entsprechend größer wird. Der nicht überschuldeten Hauseigentümer wird nach der Meinung des Ministers durch die neuen Bestimmungen nicht geschädigt. Bei der Festlegung der Höchstgrenzen der Mieten werden die Gemeinden zu berücksichtigen haben, in welchem Maße die Steuern, die Preise für Wasser und Beleuchtung sowie die Hypothekenzinsen gestiegen sind. Gegenüber der eingetretenen Erhöhung der Untkosten ist aber bei Festlegung der Höchstgrenze zu berücksichtigen, daß die geschäftliche Lage der Hauseigentümer gegenwärtig in mancher Hinsicht erheblich günstiger als in der Zeit vor dem Kriege ist. Mietausfälle infolge des Verfalls von Wohnungen fallen ebenso fort wie die Kosten für Wohnungsangebote und Vermittlungsgebühren. Mit besonderem Nachdruck wird in dem Ausführungserlaß darauf hingewiesen, daß den Hauseigentümern Konjunkturgewinne nicht zugewilligt werden können.

### Unerhörte Mietssteigerung!

Welche unerhörte Mietssteigerung von manchen Hauswirten angestrebt wird, mag folgender Fall beweisen:

Das Haus Petershagen 10 hat vor zirka fünf Monaten den Hauswirt gewechselt. Sofort nach Kaufabschluss versuchte der neue Wirt, die Mieten zu erhöhen, was ihm auch bei einigen Mietern gelungen ist. Meine Wohnung kostet jährlich 950 Mark und erklärte ich dem Wirt, daß mein Vertrag zu nächst bis April 1920 gehe, auch nur dann höhere Miete zahle, wenn er die Genehmigung des Mieteinigungsamtes einhole. Der neue Wirt zog etwa August in eine freierwerbende Wohnung hier ein. Sieh in seiner Wohnung sofort ein Badzimmer, sowie für das vorhandene Gas elektrisches Licht einrichten. Ferner hat er auch das Dach teeren lassen. In meiner Wohnung ist sowohl vom alten, wie vom neuen Wirt nichts geändert worden. Heute schickt der Wirt mir eine schriftliche Aufforderung, daß meine Wohnung für das nächste Jahr 425 Mark mehr kostet, da er die mit dem Hause verbundenen Untkosten decken will und falls ich mit der von ihm vorgeschlagenen Mieterhöhung nicht einverstanden bin, so möge ich meine Wohnung als gekündigt betrachten. Ich frage nun, warum hat der neue Wirt vor einigen Monaten das Haus käuflich erworben, wenn er die Mieten in dieser Weise steigern zu müssen glaubte? Oder ist der Hauswirt der Ansicht, daß die Veränderungen seiner eigenen Wohnung von den Mietern bezahlt werden müssen? Hoffentlich wird das Mieteinigungsamt der Ansicht des Hauswirtes nicht zustimmen.

Hierzu bemerken wir, daß eine solche Mieterhöhung einfach unverschämte ist und wohl auch bei dem Mieteinigungsamt trotz seiner Zusammenkunft kaum Aussicht auf Zustimmung hat. Solche Mieterhöhungen sind lediglich die Folge des Grundstückwuchers, dem die neue Gemeindevorstellung wirksam entgegenzutreten muß. In dieser Frage wird noch mancher Wähler, der bei den Gemeindevahlen bürgerlich wählte, merken, daß er sich dabei selbst ins Gesicht geschlagen hat. Gleichzeitig wollen wir hierbei eine andere Zusammenfassung des Danziger Mieteinigungsamtes fordern, da das jetzt bestehende kein Vertrauen in der Bevölkerung besitzt.

### Zur Lohnbewegung der Danziger Werftarbeiter.

Seit dem 3. Dezember v. Js. warten die hiesigen Werftarbeiter zusammen mit den Schlingern auf eine endgültige Antwort der Unternehmer auf ihre bekannten Lohnforderungen. Am 10. 12. war der Termin abgelaufen, den die Arbeiter in drei großen Betriebsversammlungen am 2. 12. den Unternehmern gestellt hatten. Die Unternehmer erklärten die Verhandlungen von Organisation zu Organisation führen zu wollen, verließen aber zum Teil diesen Standpunkt und verhandelten mit den Arbeiterräten direkt. Eine Ausnahme machte die Danziger Werft (früher Reichswerft).

Bei diesen einzelnen Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die Unternehmer jede Lohnaufbesserung von der Wiederaufnahme der Arbeit (Stücklohn) abhängig machen, unter Berufung darauf, daß die übrigen deutschen Werften dies bereits getan haben.

Die Lohnangehörigen, soweit sie in loser Form gemacht werden, bedeuten zum Teil eine Verschlechterung bis zu 40 Pfg., die Stunde, zum Teil eine Aufbesserung von 10 bis 15 Pfg. Die Danziger Werft erklärte bereit zu sein, die Lohnsätze zu zahlen, die die übrigen Werften gewähren, nämlich 2,70 Mk. für Gelehrte, 2,60 Mk. für Angelernte, 2,40 Mk. für Ungerlernte, und entsprechend für Jugendliche und Lehrlinge. Das wäre eine Erhöhung von 30 Pfg. für Arbeiter. Aber auch die D. W. macht diese Angehörigen abhängig von der Aufnahme der Stücklohnarbeit.

Die Arbeiterschaft, die zu diesen unverbindlichen Zusagen der einzelnen Werften Stellung nahm, lehnte diese Angebote zum Teil ab, zum andern wurden die Gewerkschaften beauftragt, die Verhandlungen ihrerseits weiter zu führen, was in den ersten Tagen des Jahres geschehen wird.

Die Stimmung unter den Werftarbeitern ist eine erbitterte, besonders im Hinblick auf die neue Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die wirtschaftliche Lage der Werftarbeiter ist die denkbar schlechteste. Seit mehr als Jahresfrist arbeiten sie unter denselben Löhnen, während die Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise stark gestiegen sind.

Die hiesigen Unternehmer tragen eine schwere Verantwortung für ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber, und es liegt an der Arbeiterschaft, die hiesigen Unternehmer zu bestrafen, die diese schweren unverschämten Erhöhungen durchsetzen.



# Werkwürdige Voraussetzungen.

Nur dieser Epigramme berichtet die „Danziger Neueste“, in Windhul (ausgerechnet in Windhul, wo jetzt eine Kontrolle geradezu unmöglich ist) sei ein altes Buch mit politischen Voraussetzungen gefunden worden, von denen folgende besonders wichtig sein sollen:

Deutschland werde Republik werden, ein Jahr lang (ah!) werde ein Mann aus dem untersten Volke (ah!) regieren. Dann trete ein starker Mann auf (ah!), der die Nation sammle. (ah!) Es werden Blutbäder in Deutschland vorausgesetzt. (Guh, br!) Nach bitteren Weiden (gemeint sind wohl die Erzbergerischen Steuererschraubungen) werde Deutschland größer denn je unter einer Seitenlinie der Hohenzollern (ah!) erstehen und seine führende Mission in der Welt antreten. (Das soll wahrscheinlich die greifenhafte Wut Clemenceaus auf Deutschland betreffen.)

Schließlich wird Widersprechlichkeit gegen die feindlichen Verfügungen in Straßburg, Mainz und Köln gepredigt.

Das ist die geistige Kost der „Danziger Neuesten“ für ihre Leser und Leserinnen, denen sie eine Unmenge Borniertheit zutrauen scheint. Wenn es nicht so kalt wäre, könnte man vielleicht infolge der Erstarrung der Konkurrenz in der Kettlerhagergasse mit dem gestülpten Funkenblitz einen Fichtschlag in der Fuchtschen Redaktion annehmen.

Unhehlich ist aber, daß die „Danziger Neueste“ eine besonders interessante Voraussetzungen abgedruckt unterlassen hat. Daher bringen wir sie:

Bis zum Ende des Jahres 1919 werden alle Exemplare des proletarischen Buches bis auf das einzige in Windhul verschwinden sein. Das Windhulische vergilbte Buch können nur Zeitungsvorleger entziffern, die völlig unpolitisch, aber wirtschaftlich listig sind und deren Bistigkeit sich schon aus ihren Namen (etwa Fuchs, Bogutke und so) erkennen läßt. Diese Begünstigten haben nicht die Pflicht oder Lust den prophetischen Unfuss zu glauben, ihn aber ihren unpolitischen Lesern vorzusetzen.

Aus dem Windhulischen Buche könnte sich sogar Otto Reutter manche Scheibe abschneiden und seinem Couplet „Wah! hoch die neue Zeit!“ den 387. bis 460. Vers anhängen. Fuchs und Reutter wissen die Dummheit gewisser Zeitgenossen gut auszunutzen.

Zulass.

## Wahl neuer Stadträte.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Danziger Zeitg.“: „Nachdem nunmehr die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden haben, ist das Ausschneiden der ehrenamtlichen Stadträte nur eine Frage der Zeit. Dieser Gedanke beherrschte die gestrige Sitzung des Magistrats, die für diese Stadträte die letzte war und im Anschluß an die im Ratskeller das übliche Neujahrsessen stattfand.“

Die Neuwahl von Stadträten wird in einer der ersten Sitzungen der Stadtverordneten erfolgen, die am 9. Januar zum ersten Male zusammentreten. Ein großer Teil der nunmehr ausscheidenden Stadträte wird nicht mehr ins Rathaus zurückkehren, weil ja auch die bisher nicht vertretene Sozialdemokratie Anspruch auf Stadtratsposten machen wird. Hoffen wir, daß bei der Wahl der neuen Stadträte nicht das Parteiinteresse sondern die Lichtheit ausschlaggebend ist.

Die Namen der unbesetzten Mitglieder des Magistrats die nunmehr ausscheiden, sind Ernst, Gronau, Herzog, Karow, Knochenhauer, Krautwurst, Krupfa, Neumann, Penner und Pohl.

Dazu haben wir zu bemerken, daß es ja sehr nett ist von den bürgerlichen Herrschaften, daß sie der Sozialdemokratie — nachdem man dieselbe bisher von der Mitarbeit in den Gemeinden gewaltig ferngehalten hat — nun endlich „schon“ einige Stadtratsposten zusprechen will. Eine andere Frage ist es, ob wir Sozialdemokraten uns dazu gebrauchen lassen, dem Bürgertum die Scheibhölzer zu halten, denn wenn uns die Bürgerlichen freiwillig etwas zugestehen, dann ist schon etwas faul sein im Staate Danemart. Rebrigens wird die Fraktion in ihrer nächsten Sonnabend stattfindenden Sitzung darüber entscheiden.

## Die Rechtsnachfolgerin der Provinzialstelle für Gemüse und Obst.

Die Westpreussische Provinzialstelle für Gemüse und Obst ist am 1. Januar in Liquidation getreten und dürfte sich im Frühjahr ganz auflösen. Von Verbrauchersseite würde diese Auflösung bedauert werden, wenn nicht irgendein Ersatz dafür einträte. Die in Aussicht stehende Auflösung der Provinz ließ hier ja kaum einen Ausweg, aber es entsteht doch eine Lücke, die ausgefüllt werden müßte. Eine Stelle für Gemüse und Obst würde auch im Freistaat dauernd wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Es muß die Möglichkeit bestehen, daß unter Umständen für einzelne Erzeugnisse Höchstpreise festgesetzt werden. Schon die Möglichkeit der Festsetzung wird preisregelnd wirken. Und diese Preise angemessen festzusetzen, ist eine sachverständige Stellensache. Weiter wird die Einfuhr und Ausfuhr von Gemüse und Obst im Freistaatsgebiet zu regeln sein, wofür gleichfalls eine sachverständige Stelle gefordert wird. Ebenso wichtig ist aber auch die Förderung der Erzeugung. In mannigfacher Beziehung kann das geschehen durch Rat und Tat, durch Wort und Schrift. Das Ziel dieser Stelle müßte sein, dahin zu wirken, daß wir im Freistaat das Gemüse und Obst erzeugen, das wir gebrauchen. Wir könnten uns von der Einfuhr in weitem Maße unabhängig machen, viellecht mit der Zeit völlig unabhängig. Die Gemüsekultur in Ost- und Westpreußen ist verhältnismäßig hochentwickelt. Und auch für die Obstkultur ergeben sich die größten Möglichkeiten. Vor allem müssen alle Ströme mit Obstbäumen besetzt werden. In jeder neuen Ansiedlung gehört ein schöner Obgarten. Die Stelle müßte unter Umständen selber eine Baumzucht unterhalten, um zum Selbstkostenpreise Obstbäume besser und geeigneter Sorten abzugeben. Aber auch der Verbrauch von Gemüse und Obst müßte noch gefördert werden. Wir haben bisher noch viel zu wenig Obst und Gemüse verzehrt. Ein Viertel Gemüß von Obst und Gemüse ist der Gesundheit außerordentlich nützlich und auch volkswirtschaftlich vorteilhaft. Die Kenntnis des Bedarfs würde durch den Anbau von Gemüse und Obst am besten behoben werden. Diese Kultur beschäftigt und ernährt auch die meisten Menschen, wie wir wiederum an Ost- und Westpreußen am besten studieren können. Die Förderung des Verbrauches würde die Stelle am praktischsten in der Zusammenarbeit mit dem Verbrauch in Danzig durchführen.

Und wie sollte diese Rechtsnachfolgerin der Provinzialstelle zusammengesetzt sein? Es müßte eine amtliche Stelle der Freistaatsregierung sein, der ein Drittel beigegeben wird. Dieser Beirat hat zur Hälfte aus Verbrauchern und zur anderen Hälfte aus Erzeugern zu bestehen. Auf der Erzeugerseite müßte auch der Leiter des städtischen Großmarkts sitzen. Dem Beirat sind parlamentarische Rechte zuzugestehen, um so den Gedanken der Selbstverwaltung in gewissen Grenzen durchzuführen. Die Verbrauchervertreter müßten von der Verbraucherkammer und die Erzeugervertreter von der Landwirtschaftskammer des Freistaats ernannt werden. Die Kosten der Stelle würden recht gering sein. Sie

konnten durch einzelne eigene Maßnahmen (Beschaffung von Saatgut, Düngemittel und Einrichtungen usw.) und im übrigen aus der Freistaatskasse gedeckt werden. In den Sitzungen der Preiskommission der Provinzialstelle ist wiederholt von Verbraucherseite der Wunsch ausgesprochen worden, die Provinzialstelle als Dauerorganisation beizubehalten und in der vorgenannten Weise auszugliedern. Es würde sehr bedauert werden, wenn dies nun nicht geschehe und ein Ersatzgebilde nicht geschaffen würde.

## Kostfrei der Arbeitsinvaliden und Armenrentner.

Die furchtbare Lage der Arbeitsinvaliden, Alters- und sog. Armenrentner zwingt die organisierten Arbeitsinvaliden, Zivilrentnenempfänger und Erwerbsunfähigen Deutschen, nachstehenden Kostfrei an die Volksvertretungen, Regierungen, Gemeinden, Parteien, Gewerkschaften, wie alle deutschen Männer und Frauen zu richten.

Der Kampf ums Existenz hat bei der großen Masse all dieser dauernd körperlich Leidenden furchtbare Formen angenommen. Mit ihren auf dem Felde der Arbeit verfallenen Gliedmaßen und den verbrauchten Körperkräften sind diese Menschen der Armen nicht im Stande, das zum Leben Notwendige zu verdienen und der jeglichen Teuerung irgendwie zu begegnen. Die staatliche wie gemeindliche Fürsorge, wie sie für die gefundenen Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Wöchnerinnen usw. besteht, hat gegenüber diesem Teil der Volksgenossen fast völlig versagt. Wie unfähig schwer fällt es für den noch nicht ganz erwerbsunfähigen Arbeitsinvaliden geeignete Arbeit zu finden, eine Arbeitsvermittlung für Zivil-Beschädigte besteht fast nirgends. Fast einer Million Zivil-Invalidenrentner wird ihre gutachtlich festgestellte Erwerbsunfähigkeit von mindestens 66 2/3 Prozent trotz Teuerungszulagen mit Renten von 32 Mk. bis 45 Mk. monatlich zum „Ausgleich“ gebracht. Auf Grund von Berechnungen fröhlicher niedriger Arbeitsverdienste werden den Unfallverletzten kümmerliche Renten gezahlt, die in den allermeisten Fällen nur ein paar Tage zum Leben reichen.

Für diese der Fürsorge so außerordentlich bedürftigen Kreise ist eine Zufluchtsstätte vorgesehen — das Armenamt —. Wir wollen heute nicht die für den Einzelnen so beschämende und kränkende Form der Armenpflege einer besonderen Kritik unterziehen, haben doch die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für ihre Fürsorge es abgesehen, unter diesen Begriff zu fallen, aber die von den Gemeinden aufgestellten Richtlinien für die „Bedarfs“-sätze und die größte Praxis der Festsetzung der Höhe der Unterstützungen schreiben geradezu zum Himmel! Es muß rückhaltlos gesagt werden, daß die Gemeinden ihre Versorgungspflichten gegenüber diesen Bedürftigen durchgehend nicht erfüllen. Unterstützungen und Richtsätze von 5, 6, 8 und 10 Mark die Woche gelten als ausreichend, sie bedeuten ein fortwährendes Martyrium, Hungern, Darben und vorzeitigen Untergang.

Angelichts des kommenden Winters ohne Kohlen und inmitten einer Teuerungskrise ohnmächtig erheben wir öffentlich unseren Ruf um Hilfe, um sofortige staatliche und gemeindliche Hilfsaktionen, wenn nicht viele Tausende unserer Leidensgenossen elend zugrunde gehen sollen.

Bereits am 31. Mai d. Js. ist die Reichsregierung in einer beantragten Besprechung durch Ueberreichung unserer Forderungen auf unsere schreiende Notlage hingewiesen worden. Die einzige Hilfsmäßnahme seitdem war die Gewährung einer monatlichen Teuerungszulage von 12 und 6 Mk. auf die Invaliden-, Alters- und Witwenrenten. Wir erwarten auf das dringendste baldige durchgreifende gesetzliche Maßnahmen zur Abstellung unseres wirtschaftlichen Elends unter Mitarbeit unserer Organisationen.

Die Vertreter der Organisationen der Arbeitsinvaliden, Zivilrentnenempfänger und Erwerbsunfähigen Deutschlands.

## Die Steuerpflicht der Erwerbslosen.

Als am 13. November 1918 der Rat der Volksbeauftragten mit seiner „Verordnung über Erwerbslosenfürsorge“ das Bestreben zeigte, den jahrelang verheißenen „Dank des Vaterlandes“ Wirklichkeit werden zu lassen, hat er gewiß nicht daran gedacht, daß auch der Steuerfiskus demnachst Nutzen aus der Verordnung werden würde.

Einer ganzen Anzahl von Erwerbslosen, insbesondere denjenigen, die das Unglück hatten, nahezu ein rundes Jahr erwerbslos zu sein, ist zu ihrem nicht geringen Erstaunen der Steuerzettel ins Haus gestallert.

Zu der Frage, ob die Erwerbslosenunterstützung der Einkommensteuer unterliegt, hat die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung vom 16. April 1919 keine Stellung genommen. Sie entscheidet sich nach Landesrecht. Da für Preußen nach der Stellungnahme des Herrn Finanzministers Steuerfreiheit auf Grund des G. R. G. nicht ohne weiteres anzuerkennen ist, muß die Entscheidung den Veranlagungsbehörden oder dem Rechtsmittelverfahren überlassen bleiben.

Ausführungsbestimmungen des Ministers des Innern betreffend Erwerbslosenfürsorge — lebender Nachtrag — vom 2. Mai 1919.

Anscheinend stützt sich der Steuerfiskus zur Begründung der Besteuerung der Erwerbslosen in Preußen auf den § 6 Preuß. G. R. G., der wohl auch die Erwerbslosenunterstützung als Einnahme aus Rechten an periodischen Leistungen ansieht und der Besteuerung unterwirft.

Wenn auch der § 12 g der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ausdrücklich die Unpfändbarkeit der Erwerbslosenunterstützung anerkennt, so ist er doch nur so auszulegen, daß die Unterstützung — ausgenommen den Steuerfiskus — schließlich nur den Zugriffen aller übrigen Gläubiger eines Erwerbslosen entzogen sein soll.

Darnach muß angenommen werden, daß in Fällen der Einkommenssteuer der Steuerpflichtige begünstigt durch die Unterstützung der Erwerbslosen die Unterstützung in Höhe der vollständigen Steuerbeiträge mit Verzicht belegt werden kann.

Wer ein Jahreseinkommen von 900 Mk. hat, ist bekanntlich steuerpflichtig. Die Wiedererschlagung der Steuer kann erfolgen, wenn deren zwangsweise Beitreibung den Steuerpflichtigen „in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährden würde“ (§ 64 Preuß. G. R. G.).

Diese Voraussetzung dürfte zum mindesten auf die Erwerbslosen zutreffen. Ob eine Beschlagnahme der Erwerbslosenunterstützung aber mit Rücksicht auf deren Eigenart und die wirtschaftliche Notlage der Erwerbslosen angebracht wäre, dürfte erst ein Spezialfall lehren.

Den Erwerbslosen ist, für die Zukunft wenigstens, zu raten, unverzüglich bei Empfang der Veranlagung von ihrem Einkommenrecht Gebrauch zu machen, jedenfalls aber innerhalb vier Wochen.

Der Einspruch kann sowohl schriftlich als auch mündlich angebracht werden. In die Einspruchsfrist aber abgelaufen.

so stellen sich die Veranlagungsbehörden leider streng auf den formalistischen Standpunkt, daß bei Fristversäumnis alle Einsprüche, mögen sie noch so begründet sein, unberücksichtigt bleiben.

Wenn schon die erwerbsfähige Bevölkerung zu Überaus schwer unter dem ungeheuren Steuerdruck zu leiden hat, wozu soll man sie in der Erwerbslosen unter ihm betreffen werden, die von ihrer immerhin beschiedenen Unterstützung bei der fortwährend steigenden Teuerung ihren gesamten Lebensbedarf bestreiten müssen.

Wenn in Zukunft Wege gesucht und gefunden werden würden, die Erwerbslosen, die doch zum weitaus größten Teil durch die Ungunst der heutigen Verhältnisse schuldlos zur Unfähigkeit verdammt sind, von der Steuerzahlung zu befreien und sie für ungeschmähten Besitz ihrer Notlagen zu belassen, so wäre damit der Meinung aller vorurteilslosen, human denkenden und fühlenden Mitmenschen Ausdruck gegeben.

Ein bedauerlicher Beschluß des Westpreussischen Provinzial-Ausschusses. Ein Altpensionär beschwert sich in den „Danziger Neuesten“ Nachrichten“ über einen, am 10. Dezember 1918 gefassten Beschluß, durch den die Altpensionäre, d. h., die vor dem Kriegsbeginn Pensionierten von der Verrückung ausgenommen werden.

Das bedauern wir ebenso wie der einseitige Beschluß der Altpensionäre. Wer aber hat Schuld? — Der Herr Altpensionär und seine Leidensgenossen haben Schuld. Warum?

Wer sein Geld in der „Danziger Neuesten“ ausleiht und da auf Hilfe rechnet, hat sich schon verrechnet. Wir können feststellen, daß in dem schuldigen Provinzial-Ausschuß keine Sozialdemokraten sitzen. Da sitzen diejenigen Herren, die erklärte Feinde der Sozialdemokratie, des Sozialismus und der Demokratie sind. Zu ihnen gehört anscheinend auch der vernachlässigte Einsender Altpensionär.

Für wen haben die Altpensionäre am 14. Dezember ihre Stimme abgegeben? Für die Herren Feinde der Sozialdemokratie.

Für wen werden die Altpensionäre demnachst ihre Stimme abgeben? Für Kolonne Fuchs und Konjorten, die im Westpr. Provinzial-Ausschuß sitzen und die Altpensionäre im Interesse des Kapitalismus darben lassen.

Merken die Altpensionäre noch immer nicht, wohin die Reise geht?

Das Messeramt ist umgezogen. Am Mittwoch hat das Messeramt seine bisherigen Räume im Hause Danzger 47 verlassen und ist in das Messeramt eingezogen, und zwar wird ein Flügel des Wohlfahrts-Hauses des Körperbeschleunigungsbamies für diese Zwecke eingerichtet. Vom 2. Januar 1920 ab ist das Messeramt täglich von 8 bis 3 Uhr geöffnet und telefonisch unter der Nummer 2559 zu erreichen. Das Wohnungsamt bleibt nach wie vor im 1. Obergeschoss in der Elisabethkirchengasse und hat die Telefonnummer 2655. Durch den Umzug nach dem Messeramt wird die Verbindung zwischen Messeramt und Messerhäusern eine viel engere, so daß die Vertreter der austretenden Firmen jetzt sofort die ihnen zugewiesenen Stände in Augenschein nehmen und für ihre Ausstattung sorgen können. Seit einigen Tagen ist bereits eine Kommission von 30 Herren aus der hiesigen Kaufmannschaft damit beschäftigt, die einzelnen Häuser für die Messe aufzuteilen und die Plätze zu bestimmen. Es ist dies eine sehr schwierige Arbeit, da laufend Firmen untergebracht werden müssen, von denen jede eine Anzahl Sonderwünsche hat, um deren Befriedigung die Messeleitung besorgt sein muß.

## Aus aller Welt.

### Einführung der 24-Stundenbahn in Polen.

Der Warschauer Postminister beschloß, laut Warschauer Blättermeldung, ab 1. Januar 1920 im Post- und Telegraphendienst die Einführung der 24-Stundenbahn. Die Stunden von 12 Uhr Mitternacht bis 12 Uhr mittags werden mit den Zahlen 13 bis 24 bezeichnet.

### Eine Predigt gegen die „Sünde der Häßlichkeit“.

In einer Predigt, die viel besprochen wird, machte der englische Reverend Perorg Dearmer die „Sünde der Häßlichkeit“ dafür verantwortlich, daß der Kirchenbesuch immer mehr zurückginge. „Fast jede Kirche ist von häßlicher Kunst der verschiedensten Art“, so führte er aus, „und man kann kein Publikum anziehen, wenn man ihm lauter Häßlichkeit bietet. Es ist Schönheit, die die Menschen in die Kirchen suchen, und dieser Tatsache wird leider in der Gottesdienst nirgends Rechnung getragen. Es gibt kaum eine Kirche, in der nicht ein guter Künstler vom Dach bis zum Boden alles abtragen müßte. Der Schmutz ist so aufdringlich, gewöhnlich und häßlich, selbst die Kunst ist fast immer physisch, mental, kindisch und unharmonisch. Außerordentlich viel wird in den Glasfenstern gesündigt. Es gibt es einige wenige künstlerische Fenster in London, deren Farbigkeit ein Wohlgefühl hervorruft, aber die meisten Glasfenster sind unter aller Kritik. Nicht die Werke der Künstler und der Schönheit herrschen in den englischen Kirchen, sondern gewöhnliche Handelsware, die bloß um des Gelderwerbes willen hergestellt wird. Diese Pest der Häßlichkeit in unseren Kirchen“, so schloß der Geistliche, „ist um so heftiger, weil Gott der größte Künstler ist und in Schönheit verehrt werden will.“

### Eingewandene Dr. M. J. J. J.

Die schaffende Frau, sozialistische Zeitung mit Wochenschrift: Die schaffende Frau, Dresden-Gohlis, Postfach 100, Nr. 84 288. Einzelheft 60 Pf. Vierteljährlich direkt unter Kreuzband 2 Mk., vierteljährlich durch die Post 2,05 Mk.

Verfassen und Behalten im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Vereinigung Danzig am 24. Nov. 1919. Dr. Friedrich Ludw. Schmidt, ordentl. Professor der Geographie, Berlin N. W. Kaufmann, Danzig, Preis 1,20 Mk.

Schriften der Stadt-Danzig. Teil 4: Die Verfassung der Stadt Danzig in polnischer Zeit (1454-1793) und als Freistadt (1807-1814). Für den vorbereitenden Ausschuss für die Verfassung der Freien Stadt Danzig zusammengestellt von Prof. Dr. Walter, Direktor der Danziger Stadtbibliothek. Preis 1,50 Mk. Verlag A. M. Kaufmann, Danzig.

## Briefkasten

Theaterverein Carolus, Cize. Berichte von Veranstaltungen, die acht Tage zurückliegen, können wir nicht mehr aufnehmen, wenn wir uns nicht lächerlich machen wollen. Wir bitten, künftighin rechtzeitig an uns zu berichten. Die Redaktion.



**Lokales.**

**Aus dem Magistrats-Press-Büro.**

**Abgabe von Lebensmitteln.** In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden wiederum die Lebensmittel bekannt gemacht, die im Laufe der nächsten Woche verabsolgt werden. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

**Anstellung von Assistenten.** Zum 1. Januar 1920 werden diejenigen Assistenten aus der Klasse der Zivilanwärter als Post- oder Telegraphenassistenten oder Postverwalter planmäßig angestellt werden, die ein höheres Dienstalter als 1. Juli 1914 haben.

**Drillingel.** Der seltene Fall einer Drillinggeburt ist in Danzig geschehen. Die Gattin des Schneiders R. H. K., Pfaffenstadt 60, wurde von drei gesunden Kindern entbunden. Die Mutter ist wohllauf. Beide Eltern sind laubstumm.

**Berichtseite.**

**Jugendliche Einbrecher.** Der Schüler Albert M., der Schüler Horst L., der Bursche Wilhelm W., der Schüler Kurt M. und der Behrling Paul F. in Zoppot hatten sich wegen einer Reihe von Einbruchdiebstählen vor der Strafkammer zu verantworten. Sie verfolgten sich gelegentlich eines Hinweges mit Schlüssel, mit denen sie in fremde Wohnungen eindrangen. Ferner arbeiteten sie mit Diebstählen. Sie stahlen Nahrungsmittel, Schokolade, Seife, in einem Falle 425 Mark und in einem anderen 775 Mark Papiergeld und 365 Mark Gold- und Silbergeld. Dabei schonten sie auch die Verwandten nicht. Ein Angeklagter vermittelte sogar einem anderen Angeklagten ein Zimmer für 5 Mark den Monat. Der Behrling F. erhielt Zigaretten, damit er schweigen sollte. Sie hatten die Absicht, nach Hamburg auf die „Akademie“ zu reisen. Ein Schüler befand sich auf einer Presse in Danzig. Sie führten nach Danzig und hier führten sie in eine Konditorei ein und wählten 3 Tage in Hotels. Dann besorgten sie sich gegen ein Bekleidungs-geld von 50 Mark von einem Wohnbeamten einen Reiseausweis-schein und reisten dann über Berlin nach Hirschberg in Schlesien, wo ein Angeklagter Verwandte besuchen wollte. Die Angeklagten waren gefänglich. Das Gericht verurteilte M. wegen 4 Diebstähle zu 3 Monaten Gefängnis, L. wegen 2 Diebstähle zu 6 Wochen Gefängnis, W. wegen 5 Diebstähle zu 8 Monaten Gefängnis, M. wegen 2 Diebstähle zu 6 Wochen Gefängnis, F. wurde wegen Mitternachtsschiff an einem einfachen Diebstahl mit einem Verweise bestraft. M. wurde sofort in Haft genommen, da er vorher absichtlich war. M. und L. sollen nicht zur bedingten Freigabe vorgeschlagen werden, bei den übrigen Angeklagten wurde dies in Aussicht gestellt.

**Polizeibericht vom 1. und 2. Januar 1920.** Verhaftet: 8 Personen, darunter 1 wegen Verdacht des Diebstahls, 1 wegen Straßenraubs und 6 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Quittungskarte für Israel Kojntel; 1 Darlehenslastenschein, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidenten; 1 kleines Portemonnaie mit einem kleinen Geldebetrag und einigen Briefmarken, abzuholen von Herrn F. W. Mantel, Hochschulweg 14.

**Wasserstandsnotizen am 2. Januar 1920.**

Ort	gestern	heute	Ort	gestern	heute
Thorn	0,65	0,86	Diebel	0,80	0,51
Jordan	0,58	0,57	Dirschau	1,22	0,84
Culm	0,92	0,72	Einlage	2,28	2,22
Graeburg	0,98	0,73	Schwienhorst	2,38	2,32
Karlsruhe	1,44	1,18	Malldorf	0,20	0,20
Montabaur	0,58	0,34	Znowsk	0,65	0,00

Beispiel: Bei der Landesgrenze bis zur Mündung schwaches Eistreiben bis in 1/2 Strombreite, Eis treibt nördlich gut in See ab. Rogat: Eisdecke.

**Amliche Bekanntmachungen.**

**Abgabe von Lebensmitteln.**

Am Sonnabend, den 3. Januar und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

- Von Montag, den 5. Januar:**
  - auf die Kartoffelkarte: Marke 21 2 Pfund und Marke 22 1 Pfund, zusammen also 3 Pfund Kartoffeln.
  - auf die Erbsenkartoffelkarte: Marke 6 2 Pfund und Marke 5 1 Pfund, zusammen also 3 Pfund Kartoffeln.
- Von Dienstag, den 6. Januar auf die Lebensmittelkarte:**
  - 125 Gramm Haferflocken: Marken 10 und 48 A in Danzig und Marken 32 und 3 A in den Nachbargemeinden.
  - 250 Gramm Rindergesteinmehl oder Grieß, je nach Vorrat in den Geschäften, oder 250 Gramm Reis, erhältlich in den in der Bekanntmachung vom 11. Dezember genannten Geschäften, soweit in diesen noch Restbestände vorhanden sind: Kinderkarte Marke P in Danzig und Marke A in den Nachbargemeinden.
  - 1 Suppentafel zum Preise von 13 Pfg.: Marken 11 und 44 A in Danzig und Marken 33 und 4 A in den Nachbargemeinden.
- Von Mittwoch, den 7. Januar:**
  - auf die Speisefettkarte: 125 Gramm Auslandsmargarine zum Preise von 8,60 M. für das Pfd. auf die Marke 2. Versälferte Marken der Speisefettkarte dürfen nicht beliefert werden. Die Butterhändler erhalten die Bezugscheine hierfür am Dienstag, den 6. Januar in der Zeit von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr in der Markereichthaus.
  - auf die Lebensmittelkarte: Eine halbe kondensierte Milch zum Preise von 2.- Mk.: Marke 5 der Danziger Lebensmittelkarte für heute über 60 Jahre, erhältlich in nachfolgenden Geschäften:  
Danzig:  
Schöngasse 26,  
Häckerstraße 66,  
Anna, Gr. Schwalbengasse,  
Leit. Brennderg. 2,  
Jungferng. 27,  
Grotz, Alt. Grotz.

Englinski, S., Röperg. 1,  
Franski, M., Baumgartweg. 20,  
Göbmann, Herm., Schild 5,  
Golinski, S., Stiftswinkel 4,  
Gringmann, G., Steindamm 21,  
Gronowski, Poggendorf 24, 25,  
Hagedorn, Antonie, Wallg. 25,  
Hinz, William, Garten 5,  
Kammerer, Ella, Bastion Ochs 7,  
Krejin, Bruno, Thonischer Weg 5,  
Lange, Wilhelmine, Langgarten 100,  
Lehmann, Friedrich, Häcker 1,  
Maack, Gustav, Fleischerg. 29,  
Splett, Aug., Vorst. Graben 45,  
H. Junkerg. 5.

**Laental:**  
Domke, J., Laental.  
**Stadtgebiet:**  
Reuter, R., Wurthmehrg. 18,  
Strehlau, Ad., Stadtgebiet 44,  
Tekarski, Schillingg. 6.

**Langfuhr:**  
Jegut, Rudolf, Ziegelstr. 5,  
Loroff, Gustav, Hauptstr. 133,  
Orzechowski, Marienstr. 8,  
Ruhn, A., Eichenweg 13,  
Zielke, Ernst, Hauptstr. 126,  
Sogberg, Marineweg 17.

**Reisewasser:**  
Beiersdorf, Ernst, Dübenerstr. 21,  
Kulling, Bübenerweg 37,  
Jobel, Dskar, Schlenkerstr. 5.

**Schildig:**  
Bartelsh, 2., Karthäuserstr. 97,  
Höft, W., Karthäuserstr. 88,  
Kroggel, J., Karthäuserstr. 100.

**Stellen:**  
Brandewetter, Selma, Danzigerstr. 5,  
Gill, Julius, Kurzerstr. 2.

**Heubude:**  
Ratquardt, A., Heubudestr. 10,  
Sewran, Georg, Dammstr. 27.

**St. Albrecht:**  
Schöb, Amalie, St. Albrecht 17.

Die eingewonnenen Marken für Mühlenfabrikate haben die Kolonialwarenhandlungen ihren Großhändlern eingereicht, die sie der Verteilungstelle weiterzugeben haben. Die für kondensierte Milch vereinnahmten Marken sind der Nahrungskartenstelle Pfaffenstadt 33, 35, Zimmer 4 und die übrigen vereinnahmten Marken den zuständigen Verteilungstellen abzugeben.

Danzig, den 2. Januar 1920.  
Der Magistrat.

**Standesamt.**

Indesfälle: S. des Schmieds Johann Wiest, 9 J. 7 M. — Rentenempfängerin Gertrud Aloß, 26 J. 4 M. — Frau Amalie Strauß geb. Schulz, 62 J. 4 M. — Techniker Julius Diebke, 22 J. 1 M. — Witwe Luise Reb geb. Herzig, 80 J. 2 M. — Nebgehilfe, Grenadier im Reichsheer, Inf.-Regt. 88, Friedrich Karl Zille, 19. J. 10 M. — Schneider Philipp Ludwig, 77 J. 3 M. — Arbeiter Franz Gostonski, 16 J. 3 M. — Unberechtigte Marie Epilsteiner, 77 J. 9 M. — Hospitalist Gustav Wahr, 74 J. 3 M.

**Theater und Konzerte.**

**Konzert Heinrich Schlusnuß.**

In der starkbesuchten Sporthalle absolvierte der Berliner Baritonist Heinrich Schlusnuß gestern einen Lieder- und Kriensabend. Die beiden vorjährigen Konzerte haben dem Sänger hier noch eine große und begeisterte Gemeinde geschaffen, die auch gestern wieder durch seine große Kunst fortgerissen, den Künstler nach seinen zwölf Liedern und drei Kriens herbeizulassen, schrie, und trampelte und sich noch mit der Savantine des Figaro und dem Prolog zu „Bajazzo“ Zugaben erganz. Obwohl unter einer leisen Indisposition leidend, die manches in den oberen Lagen nicht ganz mit der gewohnten Kraft und den von früher her bekannten Glanz erstrahlen ließ, war doch alles wieder von einer so hohen Meisterschaft, daß man nicht wußte, ob dieser seltenen Gesangskultur oder der Fülle des Materials der Vortrag zu geben sei. So trugen die vier Beethoven-Lieder, obwohl die beiden ersten („Der Kuh“ und „Ich liebe dich“) unserem Geschmack nicht mehr Rechnung trugen, doch durch des Sängers begnadetes Können, den Stempel der Größe. Eine Steigerung erfolgte dann mit Franz Liszts Liedern, denen drei moderne Lieddichter folgten. Von diesen war „Die Mäusel“ von Richard Weß das entscheidende Wertvolle. Selten begegnet man im modernen Konzertprogramm einen so ausgeprochenen Kritiker, der in seiner Zartheit und Personlichkeit an Franz und Volkmann erinnert. Durchaus wertvolle Kunst war auch das „Vale carissima“ des Berliner Paul Graeber, einer der sympathischsten Erscheinungen unter den Impressionisten, der, obwohl gleichfalls stark sich im Tonmaterialien verlierend, dennoch dem Zerk gerecht wird und nirgends Befahren spüren läßt. Starke Wirkungen, weil durch größere Sinnfälligkeit mehr sich an die Mente wendend, erzielte Schlusnuß mit den beiden Liedern Hugo Ramm: „Der Trübsalsträger“ und „Der Sieger“.

Nach dieser gediegenen Kost waren die zum mindesten selten gemählten Arien: Gebet des Valentin aus „Margarete“, das Trinklied aus „Hamlet“ von Thomas und Wenz ein Mädchen mir gefällt aus „Jampo“ Gaden des Bühnenkünstlers. Auch hier stand Schlusnuß diesmal voll seinem Mann und entfaltete durch seine vornehme, nirgends die Grazie des Konzertsängers überschreitende Schattierungskunst mienliche Belebung der Vorträge lauten und anhaltenden Weisheit.

**Aus den Ostprovinzen.**

**Zoppot.** Die erste Stadtvorstandssitzung des neugewählten Zoppoter Stadtparlaments wird wie in Danzig am 9. Januar 1920 stattfinden. In ihr soll das Bureau gewählt werden, also der Vorsitzende, Schriftführer und die Stellvertreter, wahrscheinlich wird auch über die Belegung der Kommissionen beschlossen werden.

**Flatow.** Durch Jugentrennung waren auf der freien Straße zwischen den Stationen Linde und Polzewo 17 Güterwagen stehen geblieben, in die ein nachkommender Güterzug hineinfuhr. Fünf Wagen sind zum Teil zertrümmert. Von dem zum gleichen Zeitpunkt vorbeifahrenden Triebwagen wurde der Anhängewagen be-

schädigt. Ein Reisender, der Arbeiter Dehne aus Charlottenhof, erlitt eine Kopfverletzung. Der Personeneverher wurde, da beide Gleise gelockert waren, durch Umstürzen aufrecht erhalten. Der Vorzug D 3 und der D-Zug 3 wurden über Bromberg geleitet und hatten dadurch erhebliche Verspätung.

**Konig.** Zwischen Arnstade und Mittel wurde ein Elgüterzug zum Halten gebracht, worauf vier bis fünf Personen in den Postwagen sprangen und ihn brennend auftrümmten. Auf die Meldung von diesem Ueberfall fuhr eine Lokomotive mit einem Teil der Bahnhofsbesatzung an den Tatort: sie entdeckten auf die Banditen ein Feuer, konnten jedoch keinen derselben erlangen, da sie sich in den Wald flüchteten: ein Teil der Beute wurde wieder gefunden.

**Eingegangene Druckschriften.**

„Kommunale Praxis“. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Sade. Zum Redaktionsschreiber: Berlin-Friedenau, Ringstr. 89, Parterre. In Nr. 49 schreibt Oberbürgermeister Herrfurth über die Wirkungen der Reichsfinanzreform auf die kommunale Finanzpolitik. Der Verfasser nimmt Stellung zu den Plänen der Reichsfinanzverwaltung. Dr. Kaczorek vom Verband der Preussischen Landkreise schreibt über Aufgaben der Kreis-Selbstverwaltung. Die Nr. 50 bringt ein Programm für Stadtbedlungen aus der Feder des Gartenarchitekten Leberecht Niggge, der in der deutschen Gartenstadtbewegung eine Rolle spielt. Dr. Alfred Bogt, Richter in Bielefeld, schreibt über die neuerdings zur Einführung kommenden kommunalen Rechtsdienstämter.

**Die Weihnachtsnummer der „Freie Welt“.** Die „Freie Welt“ veröffentlicht zur Wiederkehr des Geburtsfestes des großen „Spartakisten“ das Hauptwerk des großen deutschen Malers Matthias Oranewald, der selbst dem Namen nach den weitesten Volkstreifen unbekannt ist. Dabei schöpft seine Kunst aus den Kräften des Volkes und ist daher so viel Lebendiger als die Kunst der von den bürgerlichen Kreisen höher geschätzten Künstler. Auch in den anderen Teilen des Heftes ist auf die Feiertage Bezug genommen.

Das reichhaltige Heft bringt schöne Bilder aus Sowjetrußland, aus Mexiko, Italien und Frankreich, ein ergreifendes Titelbild und eine schneidende scharfe Karikatur von Karl Holz, in der die ermordeten Matrosen auf Noke als den wahren Schuldigen weisen.

**„Arbeiter-Jugend“.** Die schon erschienene Nummer 25 des 11. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Deutschnationale Jugendbund, von Richard Weimann. — Der alte und der neue Geschichtsunterricht. I. Von Fritz Ausländer. — Vom Arbeiter zum Astronom. — Freiheit. Gedicht von Leopold Jacoby. — Dr. Georg Wolff: Das Blut und seine Bestandteile. (Mit Abbildungen.) — Aus der Jugendbewegung. — Aus der Internationale der Arbeiterjugend. — Aus der Praxis der Bewegung. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Beilage: Stroich und Minka. Von Curt Pising. — Die Bildungsarbeit unserer Jugendbewegung. Von Gerni Lehmann. (Schluß.) — Wie der Staat entstand. Von Kurt Heibut. — Bücher für die Jugend.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist Nummer 48 erschienen. Der Leitartikel bringt Forschung und Schluß von „Die neuen Frauenschulen“ von Dr. Olga Ffigig. Dr. Flora Hochfinger beleuchtet in dem Aufsatz „vom Wert des Geldes“ die traurigen Verhältnisse in Oesterreich. Aus dem Heftleton ist neben der Forschung der historischen Aktivistin von Anna Blos noch ein schönes Gedicht von Karla Herr und ein Hinweis auf gute Weihnachtsbücher für Kinder und Erwachsene herbeizubehalten.

**Arbeitsamt der Stadt Danzig.**  
Der Arbeitsnachweis für Kriegsinvaliden, der sich bisher im Gebäude Karrenwall 2 befand, ist mit dem 2. Januar d. Js. dem städtischen Arbeitsamt angegliedert worden und befindet sich jetzt  
Töpfergasse 1-3, Erdgeschoss links,  
Fernsprecher Nr. 383.  
Danzig, den 1. Januar 1920.  
Der Magistrat.

**Schuhwaren.**  
Wir suchen für sofort oder später mehrere erfahrene, branchenkundige  
**Bekäuferinnen**  
mit 1a Zeugnissen für dauernde gut bezahlte Stellung. Meldung 3-9 vorm. 3-4 nachm.  
**Leiser,**  
Langgasse 73.

**Interessante Bücher!**  
Hochzeitgedichte M.2.50  
Grosses Lederbuch M.2.—  
Witze u. Torsachen M.2.—  
1000 Schandabspinn M.1.50  
Mod. Taschenbuch M.2.50  
Kartenspielbuch M.2.50  
Kommische Vorträge M.2.50  
Praktisch. Hausarzt M.3.50  
Bruchführungslehre M.5.—  
5000 Fabrications-Rezepte M.10.—  
Dr. Zambek'scher M.2.50  
Kaminchenbuch M.2.—  
Verlag Johann Neumann, Neudammstr. 11, München, Hochensiedelstr. 11, Danzig, 11. 1920.

**Volkspfirsorge.**  
Bewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsgesellschaft.  
Anteilgesellschaft.  
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.  
Kein Policenverkauf.  
— Sterbekasse. —  
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der  
Königsstraße 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Mattenbuden 35.

**Gegen Trunksucht**  
ein gutes, wirksames Mittel, welches durch viele Dank-schreiben empfohlen ohne Wissen des Trinkers gegeben werden kann, da geruch- und geschmacklos. Frei von schädlichen Bestandteilen. Verlangen Sie Probe Preis per Dofis 3.— Mk., Doppelbofis 14.— Mk. durch das Generaldepot Apotheke Frank, Naall. approbiert, Berlin W 415. 18066

**Brockhaus**  
Konversations-Lexikon.  
11. Aufl., 1864  
17 Bände, gut erhalten,  
**zu verkaufen.**  
Wo sagt die Geschäftsstelle Am Spandhans 6.  
(6)  
Finkbadewanne, a. J. Ober, Altpfaff zu verkaufen oder verarzchen  
Sauggarten 68, Bbhs. 21r. nachm. 2-4 Uhr. +

**Gehrock-Anzüge**  
**Frack-Anzüge**  
**Smoking-Anzüge**  
**Cutaway-Anzüge**  
in größter Auswahl  
**J. Rosenbaum**  
Breitgasse 128/29  
Telefon 2121.  
18194

**Korsetts**  
aus guten Stoffen  
besonders billig.  
**Toska Gankel**  
9 Kohlenmarkt 9  
gegenüber d. Stadttheater.  
Filialen Invalion Großhändler.

**Bibliothek**  
mit freien Gewerkschaften.  
Kallgasse 6  
Bedient Montags, Mittwochs und Sonnabends von 6 bis 10 1/2 Uhr  
Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften zur unentgeltlichen Benutzung empfohlen  
Ausweis: Mitgliedskarte oder Buch

**Kleine Anzeigen**  
in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich



# An unsere Leser!

## Eine neue Bezugspreiserhöhung

müssen alle deutschen Zeitungen vom 1. Januar 1920 vornehmen. Und diesmal handelt es sich um eine erhebliche Steigerung des Bezugspreises. Die Zeitungen sind aber daran unschuldig. Es sind für das Personal neue Steuerzulagen bewilligt worden. Außerdem — und das ist besonders ausschlaggebend — tritt am 1. Januar, wie bereits mitgeteilt, eine ganz enorme Papierpreissteigerung um zirka 80 Proz. in Kraft. Ebenso ist die Druckfarbe wiederum bedeutend teurer geworden. Die Preise für Papier und Farbe sind seit Ausbruch des Krieges um das zehnfache gestiegen. Dazu noch die gewaltige Erhöhung der Gas- und elektrischen Strompreise in letzter Zeit.

Die „Danziger Volksstimme“ muß, wenn ihr Erscheinen nicht gleich von vornherein in Frage gestellt werden soll, einen wesentlich höheren Abonnementspreis fordern, als wie bisher die „Volkswacht“ und „Das freie Volk“. Ihr Preis wird monatlich in Danzig frei ins Haus gebracht 2,60 Mark betragen. Das sind 60 bis 80 Pfennig mehr als wie der Abonnementspreis der beiden eingegangenen Parteizeitungen betrug, aber diese Erhöhung ist unbedeutend.

Der Preis für die Danziger „Volkswacht“ betrug vor dem Kriege 70 Pfennig; jetzt sind für die „Danziger Volksstimme“ 2,60 Mark zu entrichten, so daß noch nicht einmal eine vierfache Steigerung eingetreten ist. Angesichts der riesigen Entwertung des deutschen Geldes und des Umstandes, daß es für drei Mark heute herzlich wenig zu kaufen gibt, kann der Preis für die „Danziger Volksstimme“ als nicht zu hoch bezeichnet werden. Der Leser erhält eine umfangreiche und inhaltlich wertvolle Zeitung den ganzen Monat für 2,60 Mark frei ins Haus gebracht.

Alle unsere Leser werden davon überzeugt sein, daß die Bezugspreiserhöhung gar nicht zu umgehen war. Sie werden uns treu bleiben und wie bisher weiter für ihr Parteiorgan werden. Gleich am Anfang des neuen Jahres werden

die politischen Wogen sehr hoch gehen. Die Abtrennung vom Reich und die Konstituierung der Freien Stadt Danzig steht in Kürze bevor. Danzig wird ein Nest der internationalen Schiebergesellschaft werden. Dazu kommt noch, daß die Nahrungsmittelnot die Arbeitslosigkeit immer bedrückender, das Elend ständig steigen macht. Die Danziger Zeitungen verlangen die Einführung des freien Handels, um so die Volksmassen immer mehr auspressen zu können. Und dabei schreit der kapitalistische Mob von den hohen Arbeitslöhnen.

Die Arbeiterklasse muß ein Organ haben, das in entschiedener Weise den Kampf gegen die Reaktion, gegen den Wucher, gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus führt. Immer mehr gelangt die deutsche Arbeiterklasse zu der Einsicht, daß nur der Sozialismus sie aus diesem furchtbaren Elend erretten kann. Der Sozialismus aber kommt nicht von selbst; er muß erkämpft werden.

## Die Wahlen für die verfassunggebende Versammlung für die Freie Stadt Danzig

rücken in greifbare Nähe. Wir müssen mit allen Mitteln für die weitere Aufklärung der Volksmassen arbeiten, um die Scharte der letzten Wahl wieder gut zu machen.

## Das Freistadtparlament muß eine sozialistische Mehrheit haben

wird die Arbeiterschaft nicht ganz zu Boden geworfen werden. Es geht um s ganze.

Bei der Bedeutung der Verhältnisse und des bevorstehenden Wahlkampfes ist der Ausbau der Presse notwendig. Wir hoffen, daß nicht ein einziger Leser der beiden Parteizeitungen von dem Bezuge der „Danziger Volksstimme“ zurücktreten wird. Notwendig ist aber auch, daß jeder Arbeiter und Parteigenosse für sein Blatt wirbt. Werbematerial, Plakate usw. sind in der Expedition am Spandhaus 6, sowie in den beiden Parteibureaus zu erhalten.

# Arbeiter! Parteigenossen! Werbt überall Leser für die Danziger Volksstimme!

## Lokales.

### Die erste Tagung des neuen Stadtparlaments.

Am Freitag, den 9. Januar, nachm. 5 Uhr, findet im Stadtverordneten-Sitzungslokal, Rathaus Danzig, Langgasse, die erste Stadtparlamentstiftung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Stadtverordneten und Beisitzung über die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen und die dagegen eingelegten Einsprüche. 2. Schlussbericht des Stadtverordneten-Vorsitzers für 1919. 3. Wahl: a) eines Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung für 1920, b) eines ersten stellvertretenden Vorsitzenden, c) eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, d) eines Schriftführers, e) eines Protokollführers, f) eines Wärters, g) eines Stellvertreters des Wärters. 4. Wahl von Mitgliedern für einen Wahlvorbereitungsausschuß für 1920/21.

### Berein Arbeiter-Jugend.

Monatsplan für Januar 20. 4. Galatagestour in den Olivaer Wald; Führer Karl Springel. Abmarsch 8 Uhr vom Geumarkt. Abends Diskussionsabend. Leiter Gen. Weber, im Jugendheim. 7. Heimabend. Leiter Georg Krüger. 11. Vormittags 10 Uhr Besichtigung des Weitzigkammerwerkes, abends Heimabend. 14. Nachbildungsvortrag. 18. Vortrag über Reichsgründung 1870. Referent Gen. Dr. Erdner. 21. Mitgliederversammlung. 28. Bauernabend. Vortrag über das Bauern. Referent Karl Springel. Pflicht aller Jugendlichen ist es, an allen Veranstaltungen teilzunehmen und stets neue Mitglieder zu werben.

### Die Neujahrswünsche der „Danziger Zeitung“.

Das Blatt der Danziger Kapitalisten, die „Danziger Zeitung“ mag in ihrer gestrigen Neujahrswünsche allerlei Forderungen, aus denen überall der Haß dieses „demokratischen“ Blattes gegen die Arbeiterschaft hervorbricht. Unter der jämmerlichen Heberhülle: „Der Volksgesundheitsverfall“ bringt es als Spitze des lokalen Teiles folgende Zeilen:

Die Revolution machte sich in Danzig bemerkbar, daß den Behörden die Beauftragten des Volksgesundheitsausschusses beigegeben wurden, die die Bekanntmachungen der Behörden gegen sich und ihren ständigen Sitz in den Bureaus der Behörden

14. Dezember die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen stattgefunden haben, sind jetzt die Voraussetzungen für die Führung gegeben und die Aufgaben der Beauftragten des Volksgesundheitsausschusses erledigt. Unter den amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Danzig wird man also jetzt nur wieder die Unterschrift des Magistrats finden.

Bei dieser Notiz scheint lebhaft der Wunsch der Vater des Gebankens zu sein. Das Reptil der Danziger Kapitalisten hat hier wesentlich ihre Bester angezogen. Von einer Aufhebung des Volksgesundheitsausschusses ist bisher noch gar keine Rede und ob die Beauftragten des Volksgesundheitsausschusses beim Magistrat verschwinden, das hat weder die „Danz. Ztg.“ noch der Danziger Magistrat zu bestimmen. Da wird die Stadtverordnetenversammlung auch noch ein Wort zu reden haben.

In einem zweiten Artikel heißt es u. a.:

Soß genug ist es hergegangen in unserem lieben deutschen Vaterlande, in Danzig freilich, was die Nachwehen der Revolution betrifft, glimpflicher als in vielen deutschen Großstädten. Immerhin ist auch hier deutsches Bürgerblut geflossen, und die Luft im Erdboden zu fischen und aus Röhren tun Kapital zu schlagen. Letzteres ist ein in Danzig Kapital in Danzig Geschichte des verflorenen Jahres.

Die Kante aus der Kettlergasse hat darin ganz recht. Die ihr nachstehende Schieber- und Wucherergesellschaft hat genügend Kapital aus ihren verbrochenen Handlungen am deutschen Volke geschlagen. Die Arbeiterschaft hat nichts gehabt, um im Erdboden fischen zu können, sie hat nur einen Kampf um ihre Existenz führen müssen.

Die „Danz. Ztg.“ scheint aber gerade sich für das Schiebergeschindel ins Zeug zu legen, denn sie fordert gerade die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Einführung des freien Handels. Wohin das führen würde, das hat uns zur Genüge die Einführung des freien Handels für Gase, Fische, Gerste usw. gezeigt. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für alle Erzeugnisse würde das langsame Verhungern der arbeitenden Bevölkerung bedeuten. Die Danziger Arbeiter haben nicht nur durch die Wirtschaftskrisis der Agrarier zu Grunde. Die „Danz. Ztg.“ will, daß dieses Verbrechen noch vergrößert wird, damit einzelne Personen auch weiter ihren Geldsack füllen können.

Das alles sind die Wünsche der „demokratischen“ Zeitung zum Beginn des neuen Jahres. Mögen unsere Leser dafür sorgen, daß diese Raubpolitik der Danziger „Demokraten“ ins Gefährliche nicht gerät, damit der unauflösbare Zusammenbruch der demokratischen Partei in Danzig noch schneller voranschreiten geht. Sorgt aber auch dafür, daß diese Schandblätter aus den Wohnungen verschwinden. Es ist gerade noch Zeit dazu.

## Ein Aufruf an die polnische Bevölkerung.

Der Delegierte der polnischen Regierung bei der Staatsbahnbahndirektion in Danzig, v. Gzarnowski, erklärt an die polnische Bevölkerung folgende Aufforderung wegen ihres Verhaltens bei Befehung der Eisenbahn durch den polnischen Staat:

„In nächster Zeit wird der Eisenbahnverkehr in Kraft treten und damit das Polen zugesprochene Gebiet in polnische Verwaltung übergehen. Für den reibungslosen Hebergang des gesamten Verwaltungsbetriebes ist von allen Behörden weitgehend Vor-sorge getroffen worden. Insbesondere soll der Eisenbahnbetrieb zur Vermeidung schwerer wirtschaftlicher Schädigungen auch in der Zeit des Verwaltungswechsels ungehindert seinen Fortgang nehmen. Dieses Ziel kann trotz aller Vorkehrungen nur erreicht werden, wenn die polnischen Vorkräfte und die in ihr zusammen-geschlossene Bevölkerung bemüht sein werden, sich jeden Eingriff in den Eisenbahnbetrieb zu enthalten. Es dürfen also die Dienst- verrichtungen der auf ihren Posten verbleibenden Beamten durch Anordnung örtlicher Organe oder einzelner Unbefugter nicht behindert werden. Für die Ausführung des Dienstes müssen allein die Verfügungen der Eisenbahndirektion, dem polnischen Delegierten bei derselben, maßgebend bleiben. Obgleich ein örtliches Organ, das die Verfügungen der Direktion nicht im Sinne der polnischen Verwaltung ausführt, so hat es dieses bei dem Delegierten der polnischen Regierung zur Sprache zu bringen, beherrzt wird berechtigte Klagen mit allem Nachdruck abstellen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Beamten nach einem mit der polnischen Regierung abgeschlossenen Abkommen vorläufig im Dienste verbleiben und ihren Dienst in der bisherigen Weise ausführen werden. Die polnische Regierung hat den Schutz dieser Beamten und deren Eigentum übernommen. Wer sich also an diesen Beamten eigenmächtig vergeht, schädigt das Ansehen und die Interessen der polnischen Regierung und wird zur Verantwortung gezogen werden. Es wird dringend erwartet, daß jeder einzelne sich seiner Pflichten als polnischer Staatsbürger bewußt sein wird und sich von jedem eigenmächtigen Eingriff in den Eisenbahnbetrieb fernhält.“

## Die Handgranate in der Neujahrnacht.

In der Neujahrnacht ereignete sich im Hofe Rindengasse 18 ein folgenschweres Unglück. Durch die Explosion einer Handgranate wurde ein Menschenleben vernichtet. Drei Frauen trugen 2. L. schwere Verwundungen davon. Der Gatte ist der Sozialist Paul Borowski, der im 46. Lebensjahre stand. Die Verletzten sind seine Frau Jette W. 41 J. alt, 51 J. alt, die im Krankenhaus im Sterben liegt, und die Frauen Charlotte und Helene W. 41 J. alt. Ueber das Unglück selbst erfahren wir folgende Einzelheiten:

Borowski war seit längerer Zeit in seine Wirtshaus gebrannt, der kommunistischen Partei beizutreten. Da diese das ablehnten, hatte er schon einmal gedacht, sie zu verlassen. In der letzten Besprechung dachte er — wahrscheinlich in der Krankenzeit — ein Vorhaben wahr zu machen. Er kramte sich von der Gesellschaft und half von dem Hausboden drei Handgranaten. Eine davon zog er ab, verwarf sie jedoch wegzuworfen. Borowski wurde durch die explodierende Granate furchtbar angegriffen. Nach langem Verweilen auf dem Boden lag, versuchte er, auch noch die anderen beiden Handgranaten abzugeben und in die Straße zu werfen.

Der Raum, in dem sich der Vorfall ereignete, ist eigentlich beschränkt. Die Fensteröffnungen sind aus den Wänden entfernt, die Dielen des Fußbodens angegriffen und die Möbel, wie auch der Ofen mit großen Stößen beschädigt.

Eine alte Frau, die bei der Explosion mit den anderen drei Frauen am Tische saß, ist durch einen glücklichen Zufall unverletzt davongelommen.

Wie berichtet wird, wurde Borowski schon seit längerer Zeit von der Polizei gesucht.

Verbraucherkammer. In der letzten Sitzung der Verbraucher-kammer wurde zunächst die Fleischfrage behandelt. Der Ober-präsident hat am 4. 1. 19 öffentlich darauf hingewiesen, daß keine Aussicht auf eine Verringerung der öffentlichen Fleischpreise in Westpreußen besteht und daß die geschädigten Verbraucher für sich nur um die sog. Schlutzschlinge überlegen werden müssen. Wie weiter mitgeteilt wurde, hat der Oberpräsident von der für Danzig erfolgten Aufhebung der öffentlichen Fleischpreise und Erhöhung der Preise erst durch eine Anfrage aus Berlin Kenntnis erhalten. Wenn die Provinzialfleischstelle etwa eigenmächtig vorgegangen sein sollte, so hat sie das ohne Wissen des obersten Leiters der Fleischstelle, v. d. Oberpräsidenten, getan. Die Preise sind weder vom Oberpräsidenten noch von Berlin genehmigt. Die Verbraucher haben einstweilen noch Schutz vor Preiswucher von diesen Stellen aus zu erwarten. Auf schriftlichem Wege und durch mündliche Verhandlung soll alles daran gesetzt werden, die öffentlichen Fleischpreise wieder in vollen Umfang herzustellen und die Preise herabzusetzen. Es wurde dann weiter auf den freien Handel mit Hülsenfrüchten hingewiesen. Nach dem Vorkommen vom 18. Dez. wurden in Danzig für den Zentner kleine Erbsen bis 240 Mark „erg. 14“ bei Beginn der Woche zu werden. Die Preise sind nicht vernachlässigbar. Die Preise haben sich in Danzig nicht erholt. Die Verbraucherkammer hat sich im Hinblick auf die folgenden Preise nicht. Es wurde weiter mitgeteilt, daß im Reichsrat beim Reichswirtschaftsministerium auch eine Gruppe der Verbraucher neben denen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft vorhanden ist. Man werde also auch in Danzig nicht wirtschaftliche Organisationen bilden können, ohne die Verbraucher hinzuzuziehen.

Verlegung des Arbeitsnachweises. Die Verlegung des Arbeitsnachweises, die der Magistrat heute angeht, ist der Arbeitsnachweis für 1920 in Danzig, der sich bisher in dem Gebäude der Landesversicherungsanstalt, Karrenwall 2, befand, mit dem heutigen Tage nach Kober-gasse 1-3 verlegt und dem Arbeitsamt der Stadt Danzig angegliedert.

Verantwortlich für Reichs- und ausländische Politik sowie Wirtschaftliches: Carl Böppel. Für Sozial-, Kommunal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik: Dr. Hermann Schöner. Für den unpolitischen Tages- und die Unterhaltungsbeilage: Kurt Behm an n. Für die Interessenten: Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag: J. G. & Co., Danzig.



# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
 Freitag, den 2. Januar 1920, abends 8 Uhr  
 Dauerkarten B 1.  
**Die Frau im Hermelin**  
 Operette in 3 Akten von Gilbert.  
 Sonnabend, den 3. Januar 1920, nachm. 2 Uhr  
 Ermäßigte Preise.  
**Frau Holle**  
 Weihnachtsmärchen mit Tangeinlagen.  
 Abends 8 Uhr  
 Dauerkarten C 1.  
 Zum 1. Male.  
**Legende eines Lebens**  
 Kammerstück in 3 Aufzügen von Stefan Zweig.  
 Sonntag, den 4. Januar 1920, nachm. 2 Uhr  
 Ermäßigte Preise.  
**Frau Holle**  
 Weihnachtsmärchen in 8 Bildern von Öster.  
 Abends 8 Uhr  
 Dauerkarten haben keine Gültigkeit.  
**Die Frau im Hermelin**  
 Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.

## Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.  
 Bühnenleitung Willy Kobmann.  
 Freitag, den 2. Januar, abends 6 1/2 Uhr:

### Jungfer Sonnenschein.

In Vorbereitung: „Liebeszauber.“

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei  
 Bruno Modina, Langermarkt 23.

Vorverkauf benutzen!

## Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55.

Achtung! Nur 4 Tage! Achtung!

### Wengerka oder Arme schöne Mädchen.

Drama in 5 Akten.  
 Hauptdarstellerin: Ica Lenkffy.  
**Der gestreifte Domino.**  
 Drama, höchst spannender und sensationeller  
 Detektiv-Schlager in 5 Akten  
 mit Stuart Webb — Ernst Relher.

Ab Dienstag, den 6. Januar:  
**Das Mädchen und die Männer.**  
 Drama in 5 Akten  
 Das das entzückende Lustspiel:  
**Teddy im Schilderhaus**  
 mit Paul Heidemann.

Es empfiehlt die Nachmittagsvorstellung zu besuchen.  
 Beginn der letzten Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Preise der Plätze: Sperrsitze 1.80 M., I. Platz  
 1.80 M., II. Platz 1.30 M., III. Platz 1.10 M.

## Odeon Eden

Holzmarkt

Wir wünschen unsern geehrten  
 Besuchern ein  
**frohes neues Jahr!**

### Ab Freitag 9 Uhr! Das unübertreffliche Riesenprogramm!

## Die Tochter des Spielers

Ungarischer Momentenfilm  
 in 3 Akten.  
 Dazu die große Tragödie  
**Das Schicksal der  
Carola von Geldern!**  
 6 Akte mit  
**Lotte Neumann**  
 in Kürze: (8268)  
**Der Kampf um die Ehe!**  
 18 Akte

## Kammer-Theater Sangsbühne

Von Freitag bis Montag: Das größte  
 amerikanische Wildwest-Schauspiel  
**Die Todesfarm.** Der Kurier der Bank.  
 Kriminal-Drama in 4 Abteilungen.  
**Karlohen macht Seltsamprünge**  
 Der neueste Karichon-Film  
 mit Karl Viktor Plagge.  
**Erstklassige Künstlerkapelle.**  
 Kapellmeister Herr Klemenz.

## Zentralverband der Maschinisten und Felzer.

**Generalversammlung**  
 am Sonnabend, den 3. Januar 1920, abends 8 Uhr,  
 in der Maurezherberge, Schüsseldamm 28.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht der Geschäftsleitung über das verfloßene  
 Geschäftsjahr.  
 2. Neuwahl der Ortsverwaltung.  
 3. Neuwahl d. Delegierten zum Gewerkschaftskongress.  
 4. Beschlußfassung über die Erhöhung der Beiträge.  
 5. Stellungnahme zum Erwerb eines Gewerkschafts-  
 hauses.  
 6. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser  
 wichtigen Versammlung zu erscheinen. Die nicht  
 erschienenen Mitglieder haben sich den Beschlüssen der  
 Generalversammlung zu fügen.  
 Die Ortsverwaltung.  
 NB. Eine Stunde vor Beginn der General-  
 versammlung Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung  
 in demselben Lokal.

### Beste

## Zelluloid-Dauerwäsche

kaufen Sie zu folgenden Preisen:  
 Stehkragen, verschiedene  
 Formen . . . . . von 6.50—8.75  
 Stehkragen, verschiedene  
 Formen . . . . . 10.50  
 Manschetten . . . . . 10.50  
 Servietten . . . . . 9.50

## Hermann Lachmann

Altstädtischer Graben 18  
 Altstädtischer Graben 78  
 Schmeldegasse 7. (7007)

## Ich warne die ganze Frauenwelt,

alte künstliche Zähne nicht weggewerfen.  
**Ueberzeugung macht wahr!!**  
 Kaufe nur Freitag, den 2. und Sonnabend,  
 den 3. Januar künstliche Zähne, ganze Zahn-  
 gebisse, zerbrochene Teile, Platin in jeder Form,  
 wie Brennpfiste, Tiegelscheitel, Kontakte usw.  
 Zahne pro Zahn 2, 4, 6, 8 Mk. und mehr  
 Gebisse in Gold und Platin bis 500 Mk.  
 Platin zu höchstem Tagespreis.  
 Einkauf findet statt im Hotel Monopol,  
 Hundegasse 16, 2. Stock, Zimmer 18, von  
 vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr,  
 und ferner in Ollwa, Hotel Deutscher Hof  
 und in Zoppot, Bahnhofs-Hotel.

## Nur beste, echte Zelluloid- Dauerwäsche

Stehkragen, 3/4, 4, 5, 6 cm hoch, 7—9.50 Mark  
 Stehkragen, 4, 5, 6 . . . . . 10.50—12.—  
 Bohenden und Franckheiten je 9.50—12.—  
 in allen Farben und Größen vorrätig. (4457)  
 Fein. Bägellawatten 2.50—3.— per Stück.  
 Dauerwäsche-Fabrik E. Haßler, Drehergasse Nr. 4.  
 Versand nach auswärts. Reparatur, wird ausgef.

## MODERNE KUNST- LICHTSPIELE LANGFUHR AM MARKT

Das grosse Extra-Programm!  
**Henny Porten**  
**Lillys Ehe**  
 Der 2. Teil Lilly.  
 Modernes Filmwerk aus  
 Berlin W. mit der bildschönen  
**Mia Pankau.**  
 Außerdem:  
 Auftreten der kleinen  
 Spitzentänzerin **Lola.**  
**Die beiden Gatten  
der Frau Ruth**  
 Im nächsten Programm der  
 größte deutsche Prankfilm: **Veritas vincit.**

## Nachtrag zur Satzung der Steuermanns-Sterbekasse zu Danzig,

beflossen in der außerordentlichen Generalversammlung  
 am 9. Dezember 1919.  
 A. § 6 Abs. 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:  
 „An Beiträgen sind vom 1. 1. 1920 ab 50 Pfennig für je 4  
 Wochen, mithin an 13 Kassentagen in einem Jahre 6,50 Mk. zu  
 entrichten.“  
 B. Hinter § 7 Abs. 1 ist einzuschalten:  
 „Außerdem werden Beiträge täglich von der Kasse der Westpr.  
 Lebensversicherungsanstalt entgegengenommen.“  
 C. § 8 erhält folgenden Zusatz:  
 „Das Begräbnisgeld wird vom 1. 1. 1920 ab für die bisherigen  
 Mitglieder unter Fortfall der Wartzeit von 200 Mark auf  
 220 Mark erhöht. Für die nach dem 1. 1. 1920 beitretenden  
 Mitglieder gelten die Tarife der Westpr. Lebensversicherungs-  
 anstalt.“  
 Danzig, den 20. Dezember 1919.  
 Der Vorstand.  
 F. Klawitter. A. Kausmann.  
 Vorstehenden Nachtrag genehmige ich hierdurch auf Grund des  
 Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom  
 12. Mai 1901 und der königlichen Verordnung vom 30. Juni 1901  
 (G. N. S. 141).  
 Danzig, den 29. Dezember 1919.  
 (L. S.)  
 Der Regierungspräsident.  
 J. D. v. Kameke.  
 A. L. 4093.  
 Die Generalversammlung vom 9. Dezember 1919 hat die Ab-  
 gabe und Uebertragung des Versicherungsbestandes der Steuer-  
 manns-Sterbekasse an die Lebensversicherungsanstalt Westpreußen in  
 Danzig einstimmig beschlossen.

## Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung und auf Grund des mit der Steuermanns-Sterbekasse abgeschlossenen Vertrages übernehmen wir hiermit die im Nachtrag zur Satzung der Steuermanns- Sterbekasse festgelegten Sterbegebührensverpflichtungen.

Danzig, den 1. Januar 1920.  
 Direktion der Lebensversicherungsanstalt Westpreußen  
 Dr. Funk, Generaldirektor. Dr. Niehus, Direktor.  
 Vorstehender Vertrag ist genehmigt durch Verfügung des Regie-  
 rungspräsidenten in Danzig vom 29. Dezember 1919 — Akten-  
 zeichen A. L. 4093 —

## Herrenartikel

Hüte, Mützen, Krawatten,  
 Wäsche, Stöcke, Gummi-  
 hosensträger, Lederwaren  
 usw.  
 kaufen Sie zu soliden Preisen bei  
**Hermann Lachmann**  
 Altstädtischer Graben 18  
 Altstädtischer Graben 78  
 Schmeldegasse 7.  
 Gewissen erhalten 10% Rabatt,  
 (7006)

## Taschenlampen

u. Batterien mit täglich  
 frischer Füllung.  
 Oskar Willwih,  
 Böttchergasse 18, (8154)  
 Eingang Paradiesgasse.

## Kosmos-Abreiß-Kalender

1.9.2.0  
 Preis 4.40 Mark  
 Buchhandlung »Volkswacht«  
 Am Spandhaus 6 · Filiale: Paradiesgasse 32

## Karbid!

Karbid, in Trommeln à 100 Kilo und ausge-  
 wogen, stets zu haben. Karbidlampen,  
 Brenner, Reiniger, Rist, Taschenlampen,  
 Batterien, stets frisch, Steine,  
 Beginn. Gas- u. Spiritusstrumpfe, Zylinder,  
 Neue und gebrauchte Fahrräder,  
 Prima Mantel und Luftschläuche.  
 Verkäufe wegen Räumung sehr billig.  
 Apparaturen an Karbidlampen, Fahrrädern und  
 Nähmaschinen gleich und billig.

## Danziger Fahrrad-Vertrieb

Max Willer, Danzig, 1. Damm 14.

## Bekanntmachung. Kaufe alte Brennstifte

von Holzbrandmalerei pro Stück von 15  
 bis 60 Mk. je nach Größe. Platinabfälle  
 in jeder Form zum höchsten Tagespreis.  
 Einkauf nur Freitag, den 2. und Sonn-  
 abend, den 3. Januar in Danzig im  
 Hotel Monopol, Hundegasse 16, 2. Stock,  
 Zimmer 18 und in Zoppot, Bahnhofs-  
 hotel und Ollwa, Hotel Deutscher Hof.

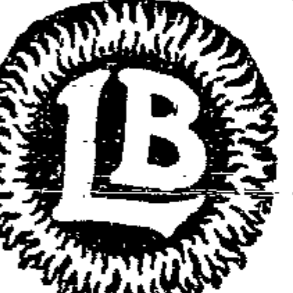


Vom 2. bis 5. Januar

**Die Fahrt  
ins Glücksländ**  
 Drama in 5 Akten.  
 In der Hauptrolle  
**Gunnar Tolnaes.**

**Das rosa Trikot**  
 Lustspiel mit  
**Victor Janson.**

Voranzeige!  
 Ab 6. Januar  
**Der Dieb im Frack.**  
 Ein Abenteuer-Roman  
 in 5 Abteilungen.



Junkergasse 7  
 Ecke Breitgasse.

Spielplan  
 nur einige Tage!  
 Unser herrliches  
 Programm

**„Die  
Giftmilchlerin“**  
 5 Akte  
 Der Roman einer  
 Gattenmörderin.  
 Nur erste Wiener Künstler  
 in den Hauptrollen.

**„Albert geht  
wählen“**  
 mit dem beliebtesten Komiker  
**Albert Paulig.**  
 — Alles lacht Tränen. —  
 Einlage:  
 „Eine gefräßige  
 Geschichte.“

## Unser Geschäftshaus

bleibt am  
**Sonnabend, den 3. Januar**  
 wegen Inventurarbeiten  
**geschlossen**



Hil. Dittgen, Schürff, Ein Paar Seefisch,  
 28. Schiffs, bis 5.12. Länge 28 cm, zu wert.  
 50, 50, 3. verk. hinter. Zopfzöpfe 9 st. 1. Zopf  
 1000er Zopfzöpfe 8 st. 1. von 2 Uhr nachm.